

Was ist, wenn Europa scheitert?



(Bildquelle: Wikipedia <http://kremlin.ru/news/19822>,
Datei Helmut Schmidt Bundeskanzler - Moscow 11 dec 2013 (cropped).jpg)

Diese Frage wurde Helmut Schmidt am 14. Dezember 2010 gestellt. Er meinte unter anderem, in diesem Jahrhundert stünde die Selbstbehauptung der europäischen Zivilisation auf dem Spiel. Am Ende des Jahrhunderts würden die Bewohner der 27 EU-Staaten nur 5 % der Weltbevölkerung ausmachen. Rund 1/3 aller Staaten sei schon islamisch geprägt.

Europa und die USA würden die islamischen Staaten ziemlich überheblich und arrogant behandeln. Das sei provokant, eine Herausforderung.

Wenn die Europäer ihren ökonomischen Auftrag nicht erfüllten, könne es durchaus sein, dass Europa eine Randerscheinung der Weltzivilisation und Weltpolitik werde. (Red)

Inhalt



	Seite
Was ist, wenn Europa scheitert?	1
Impressum	2
Jacques Lucien Jean Delors	3
Rechtfertigung oder Überwindung der Kultur der Gewalt? (Werner Wintersteiner)	4
Gedanken zum Krieg (Anton Schäfer)	12
Ein Klein-Europa im wahrsten Sinne des Wortes (Erwin Josef Tigla)	13
Mit Zuversicht aus der Krise – 6 Forderungen zum Wahljahr (Andreas Moser)	17
Minderheiten in der EU – Die Zukunft der Minderheiten in Europa (Előd Balázs-Pál)	21
Zimbern (Anton Schäfer)	27
Nachruf Jacques Lucien Jean Delors (Anton Schäfer)	30
Der Schlüssel zu Europa (Anton Schäfer)	32
Vereinsnachrichten – Kongress der UEF (Jakob Etzel)	33
Diplome d'Honneur für die Berswordt-Europa-Grundschule (Verein Mérite Européen)	34
Europa-Wikipedia	35
Zu guter Letzt	36

Beiträge zur Europastimme

Die Redaktion bittet darum, dass Beiträge rechtzeitig eingereicht werden. Wir wollen in jeder Ausgabe eine große Vielfalt an Themen und Sichtweisen bieten und wählen diese entsprechend vorab aus. Das ist jedoch nur bei zeitgerechter Zusendung der Texte möglich. Bitte beachten Sie den Redaktionsschluss, der stets vier Wochen vor dem Ende des Quartals liegt (mit Ausnahme von Sondernummern).

Blattlinie: Die Europastimme ist eine proeuropäische politische – parteipolitisch unabhängige – Zeitschrift, die sich kritisch mit der Entwicklung in Europa, der Europäischen Union zu einem Europäischen Bundesstaat sowie mit den nationalen und regionalen Entwicklungen und Strömungen innerhalb Europas und der Europäischen Union auseinandersetzt.

Zitervorschlag: Europastimme, Jahrgang, Nummer, Seite.

Impressum, Offenlegung und Kennzeichnung:

Die Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist eine Fortführung der Zeitung der Europäischen Föderalistischen Bewegung, der Jungen Europäischen Föderalisten und der EUROPTIMUS-Vereinigung für europäische Bildung, die 2018 eingestellt wurde, wobei lediglich der Name und die grundsätzliche europapolitische Ausrichtung weitergeführt werden. Ab dem 60. Jahrgang ist die Europastimme auch Vereinszeitung der EuropaUnion Vorarlberg. Eigentümer, Verleger und Herausgeber der Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist der Edition Europa Verlag. Chefredakteur: Mag. Dr. Anton Schäfer LL. M. Sitz des Verlages und der Redaktion sowie der EuropaUnion Vorarlberg: Forachstraße 74 in 6850 Dornbirn. E-Mail des Verlages: office@Edition.eu.com E-Mail-Redaktion: office@Europastimme.eu E-Mail EuropaUnion Vorarlberg: office@EuropaUnion.org Hergestellt und gedruckt in 6850 Dornbirn.

Erscheint mindestens viermal jährlich als Print- und Online-Ausgabe. Web-Adresse der Online-Ausgabe: <http://Europastimme.eu> Einzelheftpreis inkl. USt: 1,60 Euro. Jahresabonnement inkl. Versand im Inland und USt: 15,00 Euro. Preisänderung auch unterjährig vorbehalten. Abbestellung eines Abonnements ist jeweils zum Jahresende möglich, wenn diese bis spätestens 30.11. schriftlich beim Verlag eingeht. Preise für Abonnement und Versand außerhalb Österreichs auf Anfrage. Erscheinungsort: 6850 Dornbirn. Verlagspostamt: 6850 Dornbirn. Abonnements können durch Einzahlung auf das Konto IBAN AT54 2060 2000 0028 6864 ganz einfach abgeschlossen werden. Der Verlag bzw. die Redaktion behält sich die Kürzung von eingesandten Manuskripten entsprechend des vorhandenen Platzes vor. Der urheberrechtliche Schutz richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen in Europa. Alle Rechte bleiben grundsätzlich vorbehalten. Jeder Teil dieser Zeitschrift darf, soweit die urheberrechtlichen Rechte beim Verlag, bei der Redaktion oder beim Herausgeber liegen, unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“ (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>) verwendet werden. Bilder von Wikipedia Commons stehen unter dieser oder ähnlicher Lizenz (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>). Bitte beachten Sie: Jede Angabe in dieser Zeitschrift – gedruckt oder online – erfolgt ohne Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit etc. Dies gilt für eigene Beiträge, Fremdbeiträge, Gastbeiträge usw. als auch für zitierte Texte. Die Redaktion steht für eine offene und freie Debatte und Diskussionskultur. Die Meinung eines Autors muss daher nicht die Meinung der Redaktion widerspiegeln. Eine Haftung des Herausgebers, des Verlages, der Redaktion oder der Autoren wird daher gänzlich ausgeschlossen. Bei sämtlichen personenbezogenen Angaben gilt die gewählte Form für alle Geschlechter. Autoren räumen dem Verlag die von Literar-Mechana wahrgenommenen Vergütungsansprüche unwiderruflich ein.

ISSN: 0014-2727 (Print) und ISSN: 2791-402X (Online). ZDB-ID: 519113-0 (aktuell)/2187204-1 (1960 bis 2018)

P. b. b.



Jacques Lucien Jean Delors

(20. Juli 1925 bis 27. Dezember 2023)



Rechtfertigung oder Überwindung der Kultur der Gewalt?

Warum die Kritik an der Friedenspädagogik zurückgewiesen werden muss

(Werner Wintersteiner)

1. Im Sog der Einseitigkeiten?

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine ist gerade in den vom Krieg nicht direkt betroffenen Ländern das eingetreten, was der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz als „*Zeitenwende*“ bezeichnet hat.

Der Krieg um Gaza hat diese Tendenz noch verstärkt. Dabei muss man sich vor Augen halten, dass die *Zeitenwende* kein Faktum, sondern eine Proklamation ist. Es ist, auf den eigentlichen Nenner gebracht, die Absicht, Deutschland „kriegstüchtig“ zu machen, wie es Verteidigungsminister Boris Pistorius ausdrückt.¹ Da möchte Österreich nicht zurückstehen und so proklamiert das Verteidigungsministerium ebenfalls das Ziel, „*das Bundesheer wieder kriegsfähig zu machen*“.²

Wir erleben also eine starke gesellschaftliche Strömung der Abkehr nicht nur vom Pazifismus – der wohl auch vor 2022 nicht mehrheitsfähig war – sondern von jeder Friedenspolitik. Stattdessen geht es um Aufrüstung und vor allem um einen „*Mentalitätswechsel*“ (wieder Pistorius) in Richtung Militarismus und „*Wehrhaftigkeit*“ (noch immer Pistorius). Dass diese Bemühungen (in Deutschland) gerade von Vertreter*innen der Grünen und Sozialdemokratie ausgehen, die eher mit Pazifismus konnotiert werden, zeigt die Breite dieser Tendenz, ebenso wie die fast einheitliche mediale Unterstützung der *Zeitenwende*.

Doch diese ist kein speziell deutsches Phänomen, sie findet sich genauso in Frankreich,³ in Italien⁴ oder in Ostmitteleuropa und bemerkenswerterweise auch in neutralen Staaten wie der Schweiz oder eben auch Österreich. Alle geraten, mit den Worten der Wiener Philosophin Isolde Charim, in den „*Sog der Einseitigkeiten*“.⁵

Das ist eine demokratie- und friedenspolitisch sehr bedenkliche Entwicklung. Sie führt zu dem traurig-ironischen Paradox, dass gerade in Kriegszeiten, wo die Suche nach Friedenslösungen immer dringender wird, eben diese Bemühungen diffamiert und behindert werden. „Pazifismus“ und „Friedensverhandlungen“ sind zu Unwörtern geworden. Und wer sich öffentlich mit einer abweichenden Meinung, etwa zum Gaza-Krieg, äußert, wie der Direktor des Schweizer Friedensforschungsinstituts Swisspeace, Laurent Goetschel, dem werden sofort Fördergelder für die Forschung gestrichen.⁶ Inzwischen greift der Trend zur „Wehrhaftigkeit“ auf immer weitere gesellschaftliche Bereiche über.

An Universitäten und Kultureinrichtungen werden, besonders seit dem Beginn des Gaza-Krieges, Konferenzen abgesagt, Referent*innen ausgeladen, Preise ausgesetzt und Ausstellungen verschoben – eine Entwicklung die Naomi Klein einen „*extreme[n] McCarthyismus*“ nennt.⁷

Und nun wird die *Zeitenwende* auch in der Bildung, und speziell im Bereich der Friedenspädagogik, durchdekliniert. Diese Initiative geht dabei nicht von einer politischen Instanz aus, sondern ist das Werk der pädagogischen Wissenschaften selbst. Es ist, kurz zusammengefasst, das Bemühen, in der Friedenspädagogik die Ethik des Friedens durch eine Ethik des gerechten Krieges zu ersetzen. Das ist nicht ganz neu, schon Ende 2022 hat Georg Schuster anhand einer ARD-Fernsehsendung, einer SWR-Radioreportage sowie einer Kindervorlesung an der Universität Frankfurt gezeigt, wie eine vorgebliche Friedenserziehung die Frage von Krieg und Frieden entpolitisiert und zugleich die Führung eines Verteidigungskrieges als

¹ ZEIT online, 29.10.2023.

² Der Standard, 30.1.2024, 2.

³ Vgl. Bréville/Rimbert 2023.

⁴ Lucivero/Perrona 2023.

⁵ Charim 2023, 9.

⁶ Neuhaus 2023.

⁷ Klein 2024.

alternativlos „kindergerecht“ rechtfertigt.¹ Neu aber ist, dass nun anerkannte Experten der Politischen Bildung diese „Neuaufrichtung“ der Friedenspädagogik theoretisch begründen und praktisch einfordern. Es handelt sich sozusagen um eine „vorausseilende Unduldsamkeit“ gegenüber abweichenden Meinungen, wie sie in zwei Aufsätzen von Wolfgang Sander bzw. Hermann Josef Abs an den Tag gelegt werden.

2. „Friedenspolitische Bildung“ statt „Friedenserziehung“?

Der Text von Wolfgang Sander ist in einer Broschüre mit dem Titel *Wi(e)der den Krieg*, herausgegeben vom Forum Politische Bildung in Wien, erschienen. Es ist meines Wissens die erste pädagogische Handreichung zum Russland-Ukraine-Krieg im deutschen Sprachraum überhaupt, und das ist sicher ein Verdienst.

In seinem Aufsatz *(Nie) wieder Krieg? Fragen an die Politische Bildung* stellt Wolfgang Sander (2023) einleitend fest, dass bislang in der westlichen Welt ein „breiter Konsens über die Ächtung des Krieges als Mittel der Politik“ geherrscht habe, der durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine aber grundsätzlich erschüttert worden sei. Schon länger und erst recht seit diesem Krieg müssten „deshalb ältere pädagogische Konzepte, die die Stiftung und Sicherung von Frieden in der Welt in erster Linie von unterschiedlichen Ansätzen der Friedenserziehung erhofften, als überholt betrachtet werden.“² Die Bestrebungen, Kriege „durch präventive Erziehung zum Frieden verhindern zu wollen“, habe sich als illusionär erwiesen, und zwar aus drei Gründen:

- weil sie den Stellenwert der Aggressions- und Gewaltbereitschaft Einzelner für kriegerisches Handeln von Kollektiven und Staaten überschätzten
- weil sie eine problematische Parallelität zwischen (durch Erziehung beeinflussbarem) friedlichem Verhalten im sozialen Nahraum und dem Verhalten von großen Gruppen und Verbänden unterstellten

- weil sie den Stellenwert von politischen Interessen (unter Einschluss von ökonomischen Interessen und geopolitischen Bedingungen) auf die Entstehung von Kriegen unterschätzten.

Es sei daher an der Zeit, „von der Friedenserziehung zur friedenspolitischen Bildung“³ überzugehen. Bei dieser Verabschiedung der Friedenserziehung beruft sich Sander ausgerechnet auf einen ihrer Gründer, Hartmut von Hentig: „Das Friedensschließen ist eine Technik, keine Gesinnung“.⁴ Friedenspolitische Bildung sieht Sander daher als „eine Technik im Sinne reflektierten Urteilens und Handelns im Bereich der Politik“.⁵

Damit kommt er zum Kern seines Anliegens, zur Kritik dessen, was er „normativen Institutionalismus“ nennt – eine Denkrichtung, die in internationale Beziehungen auf *soft power* setze, also auf „die Überzeugungskraft von Ideen, um Werte, Menschenrechte, internationales Recht und die Schaffung entsprechender Institutionen und Regimes“.⁶ Diese Denkrichtung habe die Friedenspädagogik wie „die Fachkultur der Politischen Bildung“⁷ geprägt. Sie sei aber durch den Ukraine-Krieg erschüttert und diskreditiert.

„Die Ideale des normativen Institutionalismus [...] mussten einer Machtordnung weichen, die militärische, ökonomische, technologische und propagandistische anstelle normativer und argumentativer Mittel einsetzt.“⁸ Er plädiert daher für eine Orientierung am *außenpolitischen Realismus*. „Der außenpolitische Realismus ist moralisch indifferent, mit Ausnahme des Ziels der Friedenssicherung.“⁹

Zugleich gesteht Sander zu, dass es nicht darum gehe könne, „in der Politischen Bildung eine Sichtweise auf internationale Politik umstandslos durch eine andere zu ersetzen. Aber es geht um Öffnung des Blicks und Erweiterung der

¹ Schuster 2022.

² Sander 2023, 18.

³ Ebda, 18.

⁴ Ebda, 19.

⁵ Ebda.

⁶ Ebda, 20.

⁷ Ebda.

⁸ Ebda.

⁹ Ebda.

*Perspektiven bei der Auseinandersetzung mit internationaler Politik und friedenspolitischen Fragen. Politische Bildung muss hierbei unterschiedliche Denkansätze aus der Wissenschaft vorstellen und den Umgang mit ihnen üben.*¹

Die Position von Wolfgang Sander ist aus friedenspädagogischer Sicht zweifelsohne problematisch, doch hält er zumindest an einem Pluralismus in der Vermittlung Politischer Bildung fest.

3. Friedensbildung für eine „wehrhafte Demokratie“?

In eine ähnliche Kerbe, aber mit ungleich größerer Verve, schlägt Hermann Josef Abs in seinem Artikel *Der Krieg in der Ukraine als neuer Horizont für politische Bildung und Demokratiepädagogik*. Auch er geht davon aus, dass der russische Angriffskrieg eine völlig neue Situation geschaffen habe, in der bisherige Haltungen und Konzepte ihre Gültigkeit verloren hätten. Es folgt eine starke Ansage: Dieser Kriege rücke „die Fragen nach der Unterstützung für ein staatliches militärisches Engagement und nach der individuellen Beteiligung als Soldat:in ins Zentrum der politischen Optionen für mündige Bürger:innen“.² Politische Bildung müsse diese Neuorientierung unterstützen.

Als Hindernis dafür macht Abs eine „ablehnende Perspektive auf alles Militärische wie auch auf Rüstungsproduktion und -exporte und im Gegenzug die Förderung pazifistischer Haltungen“ in der Politischen Bildung aus.³ Diese sei historisch verständlich, da der Blick dabei immer auf den Angriffskrieg des nationalsozialistischen Staates gerichtet war. Von daher auch die Prämisse, „dass ausschließlich unter dem Primat des Friedens Gerechtigkeit und Freiheit zu erreichen seien. In diesem Sinne soll die Identität von Jugendlichen als Friedensstifter:innen gefördert werden. [...] Militär und Rüstung sind hingegen Gegenstände, die ausschließlich der Kritik ausgesetzt werden [...]. So soll die Pädagogik zu einer ‚Kultur des Friedens‘ [...] beitragen.“⁴ Hier bestehe eine Übereinstimmung zwischen gesellschaftlicher

Grundhaltung und Friedenspädagogik: „Die friedenspädagogische Zielperspektive auf eine ‚konstruktive und gewaltfreie Konfliktaustragung‘⁵ gilt somit in Deutschland weitgehend als soziale Norm. Wenn diese Norm aufgrund von fundamentalen Wertedifferenzen oder unverrückbaren Interessen nicht erreicht werden kann, konstituiert dies aus friedenspädagogischer Perspektive ein Scheitern [...]. Die Tätigkeit als Soldat:in basiert also auf dem Scheitern der friedenspädagogischen Zielperspektive. Deshalb ist es für die Friedenspädagogik schwierig, Soldat:innen positiv in ihre Konzeption zu integrieren,“ bedauert Abs.⁶

Mit dieser pädagogischen Orientierung müsse nun aber angesichts des russischen Angriffs Schluss sein, fordert der Erziehungswissenschaftler. Denn „Politische Bildung und Demokratiepädagogik scheinen auf Friedenszeiten in Europa ausgelegt zu sein. Sie funktionieren, indem kriegerische Auseinandersetzungen nachbereitet und für die Zukunft gewaltfreie Konfliktlösungen eingefordert werden. Aber für Kontexte, in denen es einer Partei nicht mehr rational erscheint, eine gewaltfreie Konfliktlösung anzustreben, hält diese Pädagogik weniger Angebote bereit.“⁷

Abs gibt sich umsichtig, er spricht davon, dass es darum gehe, bisherige pädagogische Einseitigkeiten (Kritik am Militarismus) aufzuheben und arbeitet mit Anspielungen. So deutet er etwa an, dass der *Beutelsbacher Konsens* der Politischen Bildung (eine Schutzbestimmung für die Lernenden, die ein Überwältigungsverbot, das Gebot der Kontroversität und die Interessenanalyse aus Schülerperspektive vorsieht) heute keine volle Gültigkeit mehr habe, ohne dies direkt auszusprechen. Denn dessen Grundannahme sei gewesen, „dass sich die Konfliktparteien als Träger:innen gleicher Rechte anerkennen und den Wunsch teilen, einen Weg in eine geteilte Zukunft zu finden. Die Prinzipien des Beutelsbacher Konsens basieren darauf, dass sich die Interessen der Schüler:innen rational verallgemeinern lassen und nicht aus Wertsetzungen ableiten, die für einzelne

¹ Ebda, 21.

² Abs 2023, 168.

³ Ebda.

⁴ Ebda, 370.

⁵ Frieters-Reermann 2017, 94.

⁶ Ebda, 371.

⁷ Ebda, 374.

*(Schüler:innen-)Gruppen exklusiv beansprucht werden können. [...] Die Prinzipien basieren auf dem Grundsatz bzw. der Annahme, dass die freiheitlich demokratische Grundordnung nicht kontrovers ist und nicht aufgrund der Interessen einer (Schüler:innen-)Gruppe außer Kraft gesetzt werden kann.*¹

Schließlich formuliert er nochmals seinen Grundgedanken sehr klar, und dieser fällt deutlich radikaler als der von Wolfgang Sander aus: *„Deshalb gilt es, das Konzept einer Pädagogik der wehrhaften Demokratie unter Einschluss der militärischen Verteidigung in den nächsten Jahren neu zu erarbeiten. Es steht zunächst an, für die verschiedenen Zielgruppen einer solchen Pädagogik die Ziele und Inhalte u. a. aus der Tradition der Friedenspädagogik zu analysieren und daraufhin zu befragen, inwiefern sie eine (militärische) Verteidigung der Demokratie als staatlicher Regierungsform in Deutschland unterstützen. Sodann geht es darum, ergänzende Inhalte zu bestimmen.*“²

Angesichts des „Vernichtungskriegs“ könne man sich diesem Krieg gegenüber pädagogisch nicht mehr genauso positionieren *„wie gegenüber einem Interessenkonflikt, in dem sich die Konfliktparteien grundlegend gleiche Rechte zugestehen und den Konflikt aushandeln könn(t)en. Letzteres ist eine Grundannahme, die unsere Analyse- und Handlungsfähigkeit als politische Bildner:innen und Demokratiepädagog:innen in Zeiten des Krieges einschränkt.*“³

Daraus ergebe sich, so Abs, die *„Verpflichtung zur Thematisierung von Schutz und Verteidigung für die politische Bildung und Demokratiepädagogik“*.⁴ Konkret: *„Auf der kognitiven Ebene geht es zunächst darum, die politischen Entscheidungen zum Krieg und zur Verteidigung nachzuvollziehen und in einen Rechtsrahmen einzuordnen.*“⁵ Er verpflichtet die Lehrkräfte auf die Propagierung der UN-Charta, die das Recht auf militärische Verteidigung im Angriffsfall festhält (UN-Charta Art. 51). *„Dies gehört auch dann zu den Aufgaben von*

Lehrkräften, wenn sie als Privatpersonen Pazifist:innen sein mögen.“⁶ Dass im gleichen Artikel 51 auch die Pflicht zur Bemühung um friedliche Streitbeilegung festgeschrieben ist, erwähnt Abs nicht. Vielmehr betont er: *„Politische Bildner:innen verfehlen ihre Aufgabe, wenn sie die Differenzierung zwischen Angriff und Verteidigung aus der UN-Charta nicht nutzen und mit einem Verweis auf das Primat gewaltfreier Konfliktaushandlung, Aggressor:innen und Angegriffene auf eine Stufe stellen, wodurch sie letztlich den rechtlichen und moralischen Standpunkt der Verteidiger:innen schwächen würden.*“⁷

„In diesem Sinne sollte politische Bildung mit ihren Adressat:innen reflektieren, dass der Wunsch, mit dem imperialen Angreifer einen Kompromiss zu finden, einen historischen Schatten mit sich führt, der die eigene deutsche imperialistische Vergangenheit in Osteuropa verdeckt.“⁸ Basierend auf diesem historischen Argument *„lässt sich gegenüber einer pazifistischen Haltung in Deutschland der Vorwurf formulieren, dass sie einem neuen Imperialismus Vorschub leistet und so gerade nicht dazu beiträgt, dass von Deutschland kein Krieg mehr ausgeht.“*⁹

Daher *„darf Schule das Bild der Soldat:innen nicht an einem einzigen Kontext festmachen, sondern muss auch Beispiele integrieren, in denen der Tod von Soldat:innen Dankbarkeit verdient. [...] Insofern können politische Bildung und Demokratiepädagogik nur dann als vollwertiger Beitrag zum Bestand wehrhafter Demokratien begriffen werden, wenn sie auch eine Pädagogik der militärischen Verteidigung einschließen.*“¹⁰

4. Gerechter Krieg oder Überwindung des Kriegssystems?

Trotz gewisser Unterschiede besteht die gemeinsame Argumentationsfigur der beiden Aufsätze darin, den Pazifismus der Friedens-

¹ Ebda, 372.

² Ebda, 377.

³ Ebda, 372.

⁴ Ebda 373.

⁵ Ebda, 376.

⁶ Ebda.

⁷ Ebda.

⁸ Ebda, 377.

⁹ Ebda.

¹⁰ Ebda.

erziehung – verstanden als Erziehung zur Überwindung von Krieg – zu relativieren und abzuwerten. Friedensbildung wird von beiden Autoren ausschließlich als Konsequenz des Lernens aus der Kriegspolitik des NS-Regimes verstanden. Das ermöglicht den Autoren, diesen Pazifismus auf der einen Seite historisch gutzuheißen und ihn zugleich als heute erledigt zu erklären und abzuservieren. Denn angesichts der *Zeitenwende*, die die „regelbasierte Weltordnung“ (die „*Ideale des normativen Institutionalismus*“ laut Sander) außer Kraft gesetzt habe, würden nun andere Gesetze in der politischen Welt gelten. Friedenserziehung sei aber nur für letztlich friedliche Verhältnisse und historische Dispute ausgelegt. Daher müsse nun eine neue Pädagogik entwickelt werden, die Sander den Übergang „*von der Friedenserziehung zur friedenspolitischen Bildung*“ nennt. Abs hat weniger terminologischen Ehrgeiz, aber er ist strikter in seiner Forderung, dass Friedenserziehung für die Unterstützung für ein staatliches militärisches Engagement funktionalisiert werden müsse, was auch in einer Aufwertung des Soldatentums zum Ausdruck kommen müsse.

Der Kern des Anliegens beider Autoren ist offenbar die Wiedereinführung der Doktrin des *gerechten Krieges* in die Politische Bildung, wobei Wolfgang Sander allerdings wesentlich vorsichtiger und zurückhaltender argumentiert. Es ist das Postulat, Politische Bildung müsse die bislang einseitig verfeimte kriegerische Gewalt als politisches Mittel wieder rehabilitieren. Da es im Verteidigungsfall – wie man gerade angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine sehe – nur den Weg der kriegerischen Gegengewalt gebe, müsse man eben auch in der Bildung ein positives Bild des Soldatentums, des militärischen Engagements und von gerechtfertigten Kriegen zeichnen.

Die beiden Autoren arbeiten dabei mit einigen fragwürdigen Argumentationsfiguren, um ihre Position als plausibel hinzustellen. Zunächst zeichnen sie eine Karikatur dessen, was unter Friedensbildung zu verstehen ist, um dagegen umso leichter polemisieren zu können. Sie behaupten ferner, dass Friedensbildung bzw. die Suche nach Friedenslösungen überhaupt nur

für Zeiten des Friedens ausgelegt und daher heute nicht mehr praktikabel sei, während man wohl mit mehr Recht argumentieren kann, dass Friedenslösungen gerade in Kriegszeiten am dringendsten gebraucht werden. Schließlich tun sie so, als wären die westlichen Staaten in einer Situation aufgezwungener Kriegsvorbereitungen, zu denen es keine Alternativen gäbe – ungeachtet dessen, dass sie mit ihren Vorstößen selbst eine Militarisierung des Denkens und der Bildung vorantreiben. Und zudem sprechen sie gerne von der Notwendigkeit von mehr Pluralismus in der Politischen Bildung, während doch Hermann Abs indirekt die Außerkraftsetzung des *Beutelsbacher Konsenses* in Erwägung zieht. Nun zu ihren Argumenten im Detail.

Ist Friedenserziehung bloß die Verarbeitung des Aggressionskriegs Hitlers?

Die Darstellung der Friedenspädagogik als eine deutsche Sonderentwicklung, die die Erfahrungen mit dem NS-Regime in unzulässiger Weise verallgemeinert und enthistorisiert hat, ist historisch falsch. Friedenspädagogik, wie sie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs weltweit von einer internationalen Strömung von Pädagog*innen verstanden wird, möchte tatsächlich nicht einfach ein friedliches Verhalten für friedliche Zeiten lehren, sondern versteht sich als Bestandteil eines fundamentalen kulturellen Wandels – von einer Kultur der Gewalt und des Krieges, in der wir immer noch leben, hin zu einer Kultur des Friedens. Dabei hat niemals der Gedanke dominiert, Erziehung, und vor allem schulische Erziehung, könne diesen Wandel alleine bewirken.

Es geht vielmehr um die Einsicht, dass nur eine radikale gesellschaftliche Transformation letztlich auch den Frieden sichern könne. Friedenspädagogik möchte sich in diese Bemühungen einreihen, sich als Teil einer größeren Strategie verstehen, die die Doyenne der internationalen Friedenspädagogik, die US-amerikanische Pädagogin Betty A. Reardon einmal „*a strategy of change, designed for the achievement of peace and the pursuit of human fulfillment, in short, the antithesis of the present world order*“,¹ genannt hat.

¹ Reardon 2015, 73.

Ist heute der Zeitpunkt gekommen, sich von der Friedenserziehung zu verabschieden?

Dass die Friedenserziehung überholt sei, diese Ansicht vertritt vor allem Wolfgang Sander, wobei offensichtlich auch eine Menge Spiegel-fechtereie dabei ist. Er zeichnet ein sehr schräges Bild dessen, was unter Friedenspädagogik verstanden wird, um ihre Überholtheit zu beweisen. So wird die naive Vorstellung, Kriege ganz einfach „durch präventive Erziehung zum Frieden verhindern zu wollen“, gegen die Sander zu Felde zieht, wohl seit den 1950er Jahren kaum je vertreten (wie Sander übrigens selbst in einem Aufsatz von 2014 darlegt). Sehr wohl aber besteht ein weitgehender Konsens darin, dass Bildung zu einer Kultur des Friedens ein Bestandteil einer säkularen weltweiten Bemühung um die Überwindung von Krieg und seiner vollständigen Ächtung als Mittel der Politik sein muss. Und offenbar ist es genau diese Zielsetzung, kriegerische Gewalt als Mittel grundsätzlich abzulehnen und deswegen nach Wegen zu suchen, diesem Ziel näher zu kommen, an der Sander sich stößt. Denn sie steht einer heutigen Neudefinition von Friedensbildung, die den gerechten Krieg wieder aufleben lassen möchte, grundsätzlich im Wege. Sander möchte, obwohl er dies hier nicht so direkt ausspricht, in der „friedenspolitischen Bildung“ (die er an die Stelle der Friedenspädagogik setzen möchte) Krieg als Mittel, ‚Frieden zu schaffen‘ wieder rehabilitieren. Er sieht dabei darüber hinweg, dass der von ihm zitierte „moralisch indifferente“ außenpolitische Realismus mit dem „notwendigen Verteidigungskrieg“ inzwischen die bereits klassische heutige Legitimierung von Krieg liefert.

Sander bringt sein Anliegen als Aufgabe vor, die politische Urteilsfähigkeit der Lernenden zu fördern. Er hat zweifelsohne recht, wenn er damit vermeiden möchte, dass den Lernenden ein Standpunkt, und sei es der des Pazifismus, aufgedrängt oder suggeriert wird. Zugleich entsteht der Verdacht, dass hier unter dem Deckmantel des Pluralismus ein Paradigmenwechsel eingefordert wird.

Dieser Verdacht ist umso plausibler, wenn man folgendes Faktum mit einbezieht: Was hier wie eine neue Einsicht aufgrund einer geänderten geopolitischen Situation klingt, ist tatsächlich die Fortsetzung einer langjährigen Polemik, die Wolfgang Sander gegen die Friedenspädagogik führt. Bereits in seinem Artikel *Friedenserziehung im Handbuch Politische Bildung* von 2007 stieß er sich an der Unbedingtheit, mit der die Friedenspädagogik den Krieg als „unzweckmäßig und unmoralisch“¹ ablehne. Er warf der Friedenserziehung vor, die Augen vor den Notwendigkeiten des Einsatzes von Gewalt in internationalen Beziehungen, etwa bei „humanitären Interventionen“, zu verschließen, sprach sich allerdings zugleich für die Beibehaltung der „prinzipiellen Ächtung des Krieges“² aus. Für Sander war damals schon „Friedenserziehung [...] sinnvoll nur als Teilaufgabe politischer Bildung, weil die Sicherung und Entwicklung des Friedens eine politische Aufgabe ist“.³ Deswegen schien ihm auch der Sinn eines friedenspädagogischen Curriculums „fraglich“⁴, da sich ohnehin „Zugänge und thematische Schwerpunkte [...] aus Anlässen aktueller Politik ergeben“.⁵

Friedenserziehung nur für Friedenszeiten?

Gerade jetzt, wo der russisch-ukrainische Krieg und mit dem Gaza-Krieg ein weiterer Krieg im europäischen Nahbereich tobt, behauptet Hermann Josef Abs, dass die „Unterstützung für ein staatliches militärisches Engagement und nach der individuellen Beteiligung als Soldat:in ins Zentrum der politischen Optionen für mündige Bürger:innen“⁶ gerückt sei. Deshalb müsse aus der Friedenserziehung eine Art Politischer Bildung für eine wehrhafte Demokratie werden.

Doch man sollte im Gegenteil doch meinen, dass gerade die Zuspitzung internationaler Spannungen, die Tatsache von langwierigen Kriegen und die zunehmende Gefahr ihrer Eskalation Friedensbemühungen zu einer Priorität machen. Stattdessen finden wir nun eine Diskreditierung einer Friedenskultur selbst in akademischen Kreisen und im Bildungswesen.

¹ Sander 2007, 449.

² Ebda, 450.

³ Ebda, 451.

⁴ Ebda, 453.

⁵ Ebda. Zur Kritik daran vgl. Wintersteiner 2008.

⁶ Abs 2023, 168.

Hier prallen offensichtlich zwei Welten aufeinander: Auf der einen Seite befinden sich diejenigen, die die Popularität des *Zeitenwende*-Arguments dazu nützen, einen „*gesinnungsethischen Verteidigungsbelligismus*“¹ zu propagieren und bildungspolitisch durchzusetzen. Auf der anderen Seite steht das langjährige Anliegen der Friedenspädagogik, gerade aufgrund der Tatsache, dass in der Welt Unfrieden und eine Kultur der Gewalt vorherrschen, einen Beitrag zur Überwindung dieses Zustandes zu leisten. Um nochmals Betty Reardon zu zitieren:

*The general purpose of peace education is to promote the development of an authentic planetary consciousness that will enable us to function as global citizens and to transform the present human condition by changing social structures and patterns of thought that have created it.*²

Friedenspädagogik rechnet also sehr wohl mit der Tatsache, dass die Welt unfriedlich ist, ist aber nicht bereit, sich deswegen der vorherrschenden Logik der Gewalt zu beugen, sondern arbeitet ihr entgegen. „*Educating for Peace in a Time of , Permanent War*“³ versteht sich als Beitrag zu einer alternativen Politik, die die bestehenden Rechtfertigungen für Krieg delegitimiert: „*Central to a critical politics of peace is a radical moral imperative—the transformation of contemporary structures of inequality and social exclusions that rationalize war through a contradictory rhetoric that embraces militarism as essential to peace.*“⁴ Dabei geht es auch darum, welche Rolle Bildung und das Bildungssystem bei der Entwicklung einer Gewaltkultur bzw. ihrer Überwindung spielen. Eine so verstandene Friedenspädagogik ist keine Idiosynkratie einiger Außenseiterinnen oder Tagträumer, sondern sie beruht auf dem einmal erreichten internationalen Konsens, wie er in zahlreichen Dokumenten und Beschlüssen der UNO und UNESCO festgeschrieben wurde. Jetzt diese Aufgabe „*to transform the present human condition*“ (Reardon) infrage zu stellen, bedeutet letztlich, sich hinter den erreichten zivilisatorischen Stand zurückfallen zu lassen.

Doch auf diese zentrale Aufgabe der Friedenspädagogik, ihre *raison d'être*, lassen sich beide Autoren nicht ein, sondern sie erklären sie für obsolet. Indem sie meinen, alle Pädagogik der *Zeitenwende* unterordnen zu müssen, verfehlen sie aber die Aufgabe der Politischen Bildung als kritische Reflexionsinstanz, die angesichts von schweren Konflikten und Kriegen umso wichtiger wird. Thomas Nielebock hat so formuliert:

*Gerade in Zeiten eines Krieges, an dem sich die eigene Gesellschaft – wenn auch indirekt – beteiligt, ist es wichtig in Form einer diskursiven Intervention die moralische Legitimation von Gewalt sowie die beanspruchte eigene moralische Überlegenheit auf den Prüfstand zu stellen. Darüber hinaus ist aufzudecken, wie gerade in Kriegszeiten das staatszentrierte Narrativ des ‚Gut gegen Böse‘, ‚Fortschritt gegen Rückschritt‘, ‚Moderne gegen Barbarei‘ eigene Unzulänglichkeiten verdeckt und die Unterschiede, die in einer Gesellschaft hinsichtlich dieser existentiellen Frage von Krieg oder Nicht-Krieg bestehen, überdeckt.*⁵

5. Auf dem Weg zum „permanenten Vorkrieg“?

Es ist nicht unwichtig, diese neuen Vorstöße in einem größeren Kontext zu sehen. Denn ein Blick auf die internationale Bildungslandschaft und auf die Geschichte der Friedenspädagogik zeigt, dass die Militarisierung von Bildung und ihre Funktionalisierung für eine Kriegskultur immer schon in vielen Ländern ein bestimmendes Thema war oder ist. Eine Publikation von Carr/Porfilio (2012) hat dazu zahlreiche Beispiele aus aller Welt zusammengetragen. In Italien gibt es, wie das *Osservatorio contro la militarizzazione delle scuole e delle università*⁶ und kritische Pädagog*innen nachgewiesen haben, eine beunruhigend enge Kooperation zwischen Schulen und Militär.⁷ In diesem Lichte erscheinen auch die österreichischen Verbindungen von Bundesheer und Schule als weniger harmlos, als sie medial dargestellt wurden. Bildungsminister Martin Polaschek und Verteidigungsministerin Klaudia Tanner haben sich 2023 auf

¹ Nielebock 2023.

² Reardon 2021, XXVIII.

³ Carr/Porfilio 2012.

⁴ Darder 2012, XVII.

⁵ Nielebock 2023.

⁶ Das *Osservatorio* hat sich das Monitoring von und die Kritik an Militarisierungstendenzen in Schulen und Universitäten zur Aufgabe gemacht

(<https://osservatorionomilsuola.com/info/>).

⁷ Mazzeo 2023.

das Programm verständigt: „Bundesheer will ‚umfassende Landesverteidigung‘ in Schulen etablieren.“¹ Dazu werden Offiziere in die Schulbuchkommission eingebunden und Milizsoldat*innen als Lösung für das Problem des Lehrkräftemangels angeboten.² Fast hat es den Anschein, als wären wir bereits auf dem Weg in einen permanenten Vorkrieg, in den auch der Bildungsbereich hineingezogen werden soll.

Die Friedenspädagogik hatte ja noch nie einen leichten Stand, sie wurde in den meisten Ländern immer (und nicht zu Unrecht) als Instanz gesehen, die das bestehende Gesellschaftssystem und die internationale Weltordnung radikal infrage stellt, und sie wurde deswegen nur selten und nur teilweise in die formalen Bildungssysteme integriert. Heute ist allerdings eine Situation eingetreten, in der nur eine grundlegende gesellschaftliche Transformation unser Überleben als Gattung sicherstellen kann. Der Bildung und gerade auch der friedenspolitischen Bildung kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Und so müssen sich ihre Kritiker*innen den kritischen Fragen stellen, die die Herausgeber des Buches *Educating for Peace in a Time of ‚Permanent War‘* so formulieren:

*Kann eine Gesellschaft überhaupt gebildet sein, die es vorsätzlich vermeidet, den Frieden als ihr zentrales Ziel zu betrachten? Kann eine Demokratie existieren, wenn die zentralen Begriffe von Krieg und Frieden nicht verstanden, praktiziert, befürwortet und in der öffentlichen Debatte verankert werden?*³

Literatur

Abs, Hermann Josef (2023): Der Krieg in der Ukraine als neuer Horizont für politische Bildung und Demokratiepädagogik. Bundeszentrale Politische Bildung: Deutschland Archiv, 27.7.2023, <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/523503/der-krieg-in-der-ukraine-als-neuer-horizont-fuer-politische-bildung-und-demokratiepädagogik/> (6.1.2024) sowie in: A. Heinemann, Y. Karakaşoğlu, T. Linnemann, N. Rose, T. Sturm (Hg.): ENT | GRENZ | UNGEN. Beiträge zum 28. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE), Opladen/Berlin/Toronto: Barbara

Budrich 2023, 367-380. Könnte man m. E. weglassen (Doppelung Angabe nicht nötig)

Bréville, Benoît/Rimbert, Pierre: Un journal non aligné. In: Le Monde Diplomatique, November 2023, 1, 20, 21. Was bedeuten die Ziffern?

Carr, Paul R./Porfilio, Brad J. (Hg..) (2013): *Educating for Peace in a Time of „Permanent War“*. Are Schools Part of the Solution or the Problem? New York/London: Routledge.

Charim, Isolde (2023): Im Sog der Einseitigkeiten. In: Falter, Nr. 49, 9.

Darder, Antonia (2012): Preface: In Search of Peace in a Culture of War. In: Carr, Paul R./Porfilio, Brad J. (Hg.) (2012): *Educating for Peace in a Time of „Permanent War“*. Are Schools Part of the Solution or the Problem? New York/London: Routledge, XV-XXI.

Forum Politische Bildung (Hg.) (2023): Wi(e)der den Krieg. Wien: Demokratiezentrum, <https://www.politischebildung.com/informationen-zur-politischen-bildung/wider-den-krieg/>

Frieters-Reermann (2017): xxx

Klein, Naomi (2024): Naomi Klein im Interview: „Die deutsche Erinnerungskultur hat eine eingefrorene Qualität“. Frankfurter Rundschau, 5.1.2024.

Lucivero, Michele/Perrona, Lorenzo (Hg.) (2023): *La scuola laboratorio di pace*. Bd. II: Militarismi e narrazioni belliciste. Roma: aracne.

Mazzeo, Antonio (2023): Scuola e ricerca. La retorica della pace e la presenza dei militari. In: Lucivero, Michele/Perrona, Lorenzo (Hg.): *La scuola laboratorio di pace*. Bd II: Militarismi e narrazioni belliciste. Roma: aracne, 97-112.

Neuhaus, Christine: Mund auf, Geld weg: Nach einer Hamas-Aussage des Direktors verweigert Baselland der Friedensstiftung Swisspeace die Unterstützung. Neue Zürcher Zeitung, 22.12.2023, <https://www.nzz.ch/schweiz/mund-auf-geld-weg-nach-einer-hamas-aussage-des-direktors-verweigert-baselland-der-friedensstiftung-swisspeace-die-unterstuetzung-ld.1771870>

Nielebock, Thomas (2023): Bleibt nur Gegengewalt? Gesinnungsethischer Verteidigungs-bellizismus als Herausforderung für die politische Bildung. Deutschland Archiv, 13.10.2023,

<https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/541571/bleibt-nur-gegengewalt/>

Reardon, Betty A. (2015 [1978]): The Knowledge Industry. In: Reardon, B. A./Snauwaert, D. T. (Hg.): Betty A. Reardon: A Pioneer in Education for Peace and Human Rights. Cham: Springer, 71-80.

¹ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220807_OTS0003/tannerpolaschek-umfassende-landesverteidigung-essentiell-fuer-ganzheitliche-sicherheitsbildung

² Wintersteiner 2023.

³ Carr/Porfilio 2012, 2, eigene Übersetzung.

Reardon, Betty A. (2021 [1988]): Comprehensive Peace Education. Educating for Global Responsibility. Tucson: Peace Knowledge Press.

Sander, Wolfgang (2007): Friedenserziehung. In: Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale Politische Bildung, 442-455.

Sander, Wolfgang (2014⁴): Friedenserziehung. In: Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale Politische Bildung, 383-391.

Sander, Wolfgang (2023): (Nie) wieder Krieg? Fragen an die Politische Bildung. In: Forum Politische Bildung (Hg.) (2023): Wi(e)der den Krieg.

Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 51, Wien: Demokratiezentrum, 18-22.

Schuster, Georg (2022): Schule der Nation: Friedenspädagogik trifft „Zeitenwende“. Telepolis, 7.12.2022,

<https://www.telepolis.de/features/Schule-der-Nation-Friedenspaedagogik-trifft-Zeitenwende-7368418.html?seite=all>

Wintersteiner, Werner (2008): „Ändere die Welt, sie braucht es!“ – Friedenserziehung und politische Bildung. In: Klepp, Cornelia/Rippitsch, Daniela (Hg.): 25 Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung in Österreich. Wien: Facultas, 360-370.

Wintersteiner, Werner (2023): Wann, wenn nicht jetzt? Friedensbildung – eine grundlegende und hochaktuelle pädagogische Aufgabe. In: Spinnrad. Forum für aktive Gewaltfreiheit, Nr. 3, September, 4-5.

Gedanken zum Krieg

(Anton Schäfer)



Einsamer Protest in London gegen den Krieg in der Ukraine (2022)
Bildquelle: Wikipedia, PEACE NOT WAR ! (51926220225).jpg, User: Alisdare Hickson

In jedem Krimi ist ein oder sind mehrere Hinweise versteckt, wer der Mörder ist. Es ist nicht immer der Gärtner, doch im Regelfall derjenige, der den meisten Vorteil vom Tod eines anderen hat.

Wer, geschätzte Leserin und werter Leser, hat die meisten Vorteile von der aktuellen Aufrüstung, Teuerung, Inflation, vom Krieg in der Ukraine, von der Verunsicherung der Bevölkerung, von der steigenden Armut?

Nun das sind diejenigen, die am wenigsten daran interessiert sind, dass dieser Krieg, die Teuerung, die Unsicherheit, die Armut etc.

beendet werden. Diejenigen, die daran Geld verdienen. Dass ein Krieg früher oder später beendet wird, ist keine philosophische Frage. Er wird beendet werden, wenn die Kriegspoliteure den Hals voll haben, die Ukraine zerstört oder aber ein anderer Konflikt „lukrativer“ ist.

Genau gegen diese Methodik haben sich die „Väter“ der Europäischen Einigung gewandt, weil sie wussten, wenn sie es weiterhin zulassen, dass private Kriegstreiber die Politik beherrschen, ein Dritter Weltkrieg nicht vermeidbar sein wird.

Ein Klein-Europa im wahrsten Sinne des Wortes: Das Banater Bergland und seine Minderheiten diesseits und jenseits der Grenzen (Erwin Josef Tjgla)

Für uns als im Banater Bergland geborene und hier lebende Mitglieder der deutschen Minderheit ist es ein Muss, wo immer es auch auf Europa-Ebene möglich ist, über unser Klein-Europa als ein positives Beispiel des Zusammenlebens verschiedener ethnischer Minderheiten, zu berichten und es weiter bekanntzumachen. Warum das Wort *Muss*? Weil man auf Europa-Ebene nur mit positiven Beispielen weitergehen kann und soll.

Negatives hört man tagtäglich viel zu viel im Vergleich zum Positiven. Dass es dieses Klein-Europa im Südosten des Kontinents gibt, das auch mit Hilfe der Menschen auf der anderen Seite der Staatsgrenze Rumäniens mit Serbien ergänzt wird, das ist ein Plus für uns alle, für die Region und für Europa! Man erinnere sich, dass Rumänien seit dem 1. Januar 2007 Vollmitglied der Europäischen Union ist, während Serbien zur Zeit noch Beitrittskandidat ist. Rumänien steht Serbien bei, volles EU-Mitglied zu werden.

Über unser Klein-Europa, auch aus grenzüberschreitender Sicht gesehen, soll nun mit einigen konkreten Beispielen berichtet werden.

Ich wurde geboren, lebe und wirke in einer historischen Region Südosteuropas, allgemein als Banat bekannt und bis 1918 Teil der Habsburgermonarchie. Das Banat erstreckt sich geografisch gesehen zwischen der Donau im Süden, im Westen der Fluss Theiß, im Norden der Fluss Marosch und im Osten liegen die Südkarpaten. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde das Banat dreigeteilt: Zwei Drittel davon kamen zu Rumänien, fast ein Drittel zu Serbien und ein kleiner Zipfel zu Ungarn.

Den südlichen Teil des Banats bildet das Banater Bergland, mit dessen Raum ich mich heimlich verbunden fühle. Das Banater Bergland kann man geschichtlich, aber auch aus der heutigen Sicht, als ein konkretes Beispiel im Sinne Europas betrachten. Die Vielzahl der sprachlichen und konfessionellen

Bevölkerungsgruppen, die man hier trifft und erleben kann, bezeugen dies unwiderruflich. Der Großteil des Banater Berglands befindet sich auf dem heutigen Gebiet Rumäniens, während der westliche Teil, die Ausläufer des Banater Berglands, zu Serbien, nämlich der Autonomien Provinz Wojwodina, gehören.

Im rumänischen Teil des Banater Berglands leben heutzutage großteils Rumänen, im serbischen Teil selbstverständlich muttersprachliche Serben. Auf beiden Seiten aber leben zusammen auch Vertreter verschiedensprachiger Minderheiten, wie Deutsche, Ungarn, Tschechen, Slowaken, Kroaten, Juden, um nur die bedeutendsten davon zu erwähnen, und nicht zu vergessen: die Rumänen in Serbien und Serben in Rumänien.

Für uns als Banater Berglanddeutsche ist es eine besondere Ehre, dieses positive Beispiel aufgebaut und an der Steigerung seiner Bedeutung mitgewirkt zu haben. Wie kam es dazu? Da wir in einem Grenzgebiet leben, stoßen wir Anfang dieses Jahrhunderts auf Informationen betreffend grenzüberschreitende Zusammenarbeit und deren Förderung aus EU-Mitteln. So haben wir erfolgreich mehrere Projekte als Hauptantragsteller entwickelt:



Banater Berglanddeutsche Volkstanzgruppe aus Ferdinandsberg = Otelu Rosu und rumänische Volkstanzgruppe aus Reschitza = Resita in Alibunar, Serbien, vor dem Folkloreprogramm innerhalb des Projekts „Multikulturelles Banat. Vergangenheit und Europäische Zukunft“ (Foto: Archiv DFBB)

1. „Multikulturelles Banat. Vergangenheit und Europäische Zukunft“, ein PHARE-CBC-Projekt, das in der Zeitspanne Dezember 2006 bis November 2007 mit den Partnern Eftimie Murgu-Universität Reschitza/z. Z. Universitätszentrum UBB Reschitza, Verein Euroland Banat Reschitza und der Verwaltung der Gemeinde Alibunar in Serbien entwickelt wurde.

Im Rahmen des Projektes wurde ein Netzwerk von Verbänden/Organisationen der ethnischen Minderheiten gegründet, um die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur, des Tourismus, der Bildung und dadurch die Identifizierung in einem multikulturellen Raum, dem Banat, zu fördern.



Delegation aus Reschitza zu Besuch in Gudurica, Serbien, im Rahmen des Projekts „Banater Weinstraße“, 2008 (Foto: Archiv DFBB)

2. „Banater Weinstraße“, ebenfalls ein PHARE-CBC-Projekt, das in der Zeitspanne Dezember 2007 bis November 2008 mit Hilfe der Partner Eftimie Murgu-Universität Reschitza/z. Z. Universitätszentrum UBB Reschitza, Verein Euroland Banat Reschitza und der Verwaltung der Gemeinde Alibunar in Serbien ausgeführt wurde. Im Rahmen des Projektes wurde der ländliche Wein- und Kulturtourismus mit Schwerpunkt auf dem kulturellen Erbe und den Traditionen des Banats gefördert.

Die Verbesserung der Grenzbeziehungen wurde durch die Schaffung eines

Netzwerkes von Organisationen bewirkt, die durch ihre Tätigkeit die Förderung des ländlichen Wein- und Kulturtourismus grenzüberschreitend vorantreiben. Jugendliche wurden in die Förderung der Tradition und des kulturellen Erbes eingebunden, sie sind Bindeglied und Entwicklungspotenzial der Gemeinden.

Es gab auch einige grenzüberschreitende Projekte, an denen wir als Partner beteiligt waren:

1. „Eisenbahnlinien, die uns vereinen“, ein PHARE-CBC-Projekt, wurde in der Zeitspanne Juli 2007 bis Juni 2008 entwickelt. Hauptantragsteller war die Eftimie Murgu-Universität Reschitza/z. Z. Universitätszentrum UBB Reschitza und als Partner galten das Demokratische Forum der Banater Berglanddeutschen und die Verwaltung der Gemeinde Vršac/Werschetz in Serbien. Das Projekt hatte als Ziel, im Bewusstsein der Bevölkerung das Potenzial zu erschließen, welches die älteste Eisenbahnlinie des Landes, Anina–Basiasch, hinsichtlich der Entwicklung der Region und der Stärkung der grenzüberschreitenden Beziehungen birgt.
2. „Das Gedächtnis der Zwangsarbeit der Deutschen aus Rumänien in der Sowjetunion“ wurde durch das „Europe for Citizens Programme - Action 4“ finanziert. Hauptantragsteller war der Rumänische Verein für Politische Ökologie mit den Partnern Aurel Vlaicu-Universität Arad, Demokratisches Forum der Banater Berglanddeutschen in Reschitza und der Landsmannschaft der Banater Schwaben in Deutschland. Das Projektziel war, die Erinnerung an ein tragisches Ereignis des 20. Jahrhunderts, die Deportation der Deutschen aus den besiegten Ländern des Zweiten Weltkrieges, die Zwangsarbeit in der UdSSR leisten mussten, nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Das Projekt beförderte Überzeugungen, Meinungen und demokratische Fertigkeiten in Konkordanz mit den Zielen der EU.

Und nun möchte ich noch Bezug auf ein einmaliges Projekt nehmen, dem durchaus Vorzeigecharakter zukommt.

Es geht um das grenzüberschreitende regionale Jugendfestival in Weißkirchen/Bela Crkva im Serbischen Südbanat, das in der Zeitspanne 28. bis 30. Juli 2006 unter dem Titel „Banat ohne Grenzen – Aus der gemeinsamen Vergangenheit in die gemeinsame europäische Zukunft“ auf Initiative von Peter Kratzer, damals im Namen des vom Stuttgarter Institut für Auslandsbeziehungen aufgebauten Koordinationsbüros Sombor in Serbien, organisiert wurde.



In Weißkirchen/Bela Crkva im Serbischen Südbanat, während des Projekts „Banat ohne Grenzen – Aus der gemeinsamen Vergangenheit in die gemeinsame europäische Zukunft“, 2006 fotografiert (Foto: Archiv DFBB)

Bis zur Wende in Rumänien, im Dezember 1989, durften die rumänischen Staatsbürger nicht ins damalige Jugoslawien reisen. Mehr als drei Viertel der Personen, die eine Erlaubnis seitens des Rumänischen Staates bekamen, ins Nachbarland zu reisen, kehrten nicht mehr zurück. Sie reisten weiter Richtung freien Westen. Nicht zu vergessen sind jene klandestinen Grenzüberläufer, die ihr eigenes Leben riskierten, um in die freie Welt zu gelangen. Für viele Rumänen, nicht nur des Banats, war das damalige Jugoslawien ein Eldorado, das Tor in eine neue Welt. Auch dabei verloren sehr viele ihr Leben, oder kamen für schwere Jahre in kommunistische Kerker, nachdem sie während der Flucht gefangengenommen worden waren. Wahre Tragödien fanden hier an der Grenze statt, besonders in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts.

So war es für uns im Banater Bergland Rumäniens lebende Bürger undenkbar, einmal die Nachbarn über die Grenze zu besuchen. Wir wussten mehr über andere Kontinente und fernegelegene Länder als über die Ortschaften

und ihre Bewohner in unserer unmittelbaren Nähe, aber auf der anderen Seite der Grenze: Tabu für viele von uns ... Während die Beziehungen zwischen den Ortschaften bis zum Ende des Ersten Weltkriegs etwas Natürliches waren, so wurden sie undenkbar danach, besonders als sich in beiden Ländern kommunistische Regime installierten.

Und dann kam die Zeit in den 1990er Jahren, als sich auf einmal die Grenzen öffneten, die freie Bewegung diesseits und jenseits der Grenze begann. Die zwischenmenschlichen Kontakte waren anfangs nur sporadisch, teilweise von Angst geprägt. Erst einige Jahre später begann man sich näher und besser kennenzulernen, dem Anderen freundschaftlich zu begegnen, ihm eine Hand zu reichen.

Das letztgenannte Projekt war das erste derartige, das auch mental dazu beitrug, dass man sich näherkam. In der Kultur und in der Jugend stand lag die Zukunft der Kontakte und Kooperationen zwischen beiden Seiten der Grenze. Dass die gute Nachbarschaft heute zu einer Normalität wurde, das ist in erster Linie den damals geknüpften Beziehungen zu verdanken. Schritt für Schritt, ein Projekt nach dem anderen trug dazu bei, dass wir uns heutzutage wieder als Banater fühlen, so wie es unsere Ahnen waren, vor mehr als hundert Jahren.

Wenn es auch nicht um die direkte Grenze innerhalb des historischen Banats geht, so möchte ich trotzdem noch weitere grenzüberschreitende Projekte erwähnen, die wir als Mitglieder der deutschen Minderheit aus dem Banater Bergland initiierten und die fortgesetzt werden.

Die für uns als Deutsche im Südwesten Rumäniens Lebenden ist die „Deutsche Kulturdekade im Banater Bergland“, die im Oktober d. J. ihre XXXIII. Auflage erlebt, die wichtigste identitätsstiftende Veranstaltungsreihe, auf Rumänienebene aber die größte deutsche Massenkulturveranstaltung überhaupt. Umfangreich (jährlich über 50 einzelne Veranstaltungen innerhalb von 10 Tagen) und territorial ausgreifend

(jährlich in über 10 Ortschaften der gesamten Region organisiert) haben sie auch eine Anziehungskraft für grenzüberschreitende Kulturaustausche. Zahlreiche Kulturgruppen aus Czernowitz in der Ukraine waren gerngesehene Gäste bei uns, genauso wie politische, kulturelle und geistige Vertreter aus den verschiedenen Bundesländern Österreichs (besonders aus der Steiermark und aus Kärnten) und aus der Bundesrepublik Deutschland. Wenn auch nicht an Rumänien grenzend, bilden die Vertreter der Untersteirer aus dem Norden Sloweniens mit ihren Kulturgruppen einen festen Bestandteil unserer freundschaftlichen Beziehungen, als direkte Partner in so manchen Projekten und Programmen, eine große und mit der Zeit stabil gebaute Brücke der gegenseitigen Wertschätzung in einem Europa des Zusammenwirkens.

Die von uns durchgeführte international bekannteste Veranstaltungsreihe ist die unter dem Namen „Deutsche Literaturtage in Reschitza“¹, ein Stelldichein der deutschen Literatur aus Ost- und Südosteuropa, einzigartig in der Konzeption und Ausführung, auch diese Veranstaltung erfuhr 2023 die XXXIII. Auflage. Man begegnet hier Vertretern deutscher Literatur aus Ungarn, Slowenien, aus Österreich und Deutschland, ein Beweis, wenn noch

notwendig, dass wir auch in dieser Hinsicht sehr aktiv sind.

Schlussfolgend komme ich auf den Titel meines Beitrags zurück: „Ein Klein-Europa im wahrsten Sinne des Wortes: Das Banater Bergland und seine Minderheiten diesseits und jenseits der Grenzen“. Dieses Klein-Europa, dieses Banater Bergland, auf Eintracht und Vielfalt gebaut, bedeutet für mich persönlich ein Geben und Nehmen. Ein jeder, wo immer er auch hier lebt, hat und schätzt seine eigenen Werte, die er nicht aufgeben will. Er steht aber auch offen gegenüber den Werten des Mitmenschen, des Freundes, Nachbarn, Wohltäters usw., wenn er auch eine andere Muttersprache spricht, einer anderen Kultur oder Wertegemeinschaft angehört.

Das war, ist und soll auch so bleiben! Zu lernen, den Anderen und dessen Werte anzuerkennen, wie im Banater Bergland die heutige Normalität bezeugt, bringt Frieden und Wohlstand mit sich. Und ich bin fest überzeugt: Europa mit seinen Menschen und Werten wird weiter bestehen, wenn man ein Zusammensein aufweisen kann, so wie bei mir zu Hause, im Banater Bergland, dies- und jenseits der staatlichen Grenzen gelebt und erlebt wird!



Lage des Banater Berglands (grau) im Grenzgebiet zu Serbien
(Bildquelle: Wikipedia, Datei:Muntii Banatului.png, User: Meichs)

¹ <http://www.dffb.ro/home.php?id=a8b8c1de&adm=>

Mit Zuversicht aus der Krise – 6 Forderungen zum Wahljahr

(Andreas Moser)

Seit den letzten Europawahlen 2019 scheinen wir heute in einer vollkommen veränderten Welt angekommen zu sein. Erst langsam zeichnen sich die gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen dieser von Krisen geprägten „Zeitenwende“ ab. Aber gibt es etwas, das man solchen „Krisenzeiten“ abgewinnen kann? Können wir selbst im angsteinflößenden Dickicht aus Kriegen, Klimakatastrophen und neuen Identitätskonflikten das Positive sehen? Ein Blick auf aktuelle Umfragen zeigt, dass sich die Wahrnehmung der Zukunft über Generationen zwar verschlechtert hat, sich aber im vergangenen Jahr wieder etwas optimistischer gestaltet. Vor allem als junger Europäer/junge Europäerin darf man sich dennoch fragen: Was sollte ich mir von meiner Zukunft (noch) erwarten?

Bei aller berechtigter Angst und Sorge ist es entscheidend, welche Lösungspfade und Auswege jetzt aufgezeigt werden, um diese häufig diffusen Gefühle in ihr positives Gegenteil umzukehren: Zuversicht und Hoffnung. Europa im Allgemeinen und die Europäische Union im Konkreten dienen regelmäßig als Bezugspunkt und Projektionsfläche für all diese Einstellungen und Emotionen. Dementsprechend werden an europäische Entscheidungsträger häufig Erwartungen herangetragen, denen sie aufgrund mangelnder Kompetenzen nicht nachkommen können. Oder aber sie werden für ein Politikversagen zur Verantwortung gezogen, das vielmehr auf nationaler Ebene seinen Ursprung hat. Ich möchte angesichts dieser schwierigen Ausgangslage sechs Forderungen formulieren, für die wir als Föderalist:innen in diesem Wahljahr eintreten sollten:

1. Beseitigung von Abhängigkeitsstrukturen

Auch trotz aller Konflikte wird diese Welt eine hochgradig vernetzte bleiben, hier gibt es kein Zurück mehr. Dennoch war in letzter Zeit ein regelrechter Trend hin zum Isolationismus und zur nationalen Rückbesinnung zu beobachten, was im Hinblick auf globale Herausforderungen meiner Meinung nach nicht die Antwort sein

kann. Umso sinnvoller erscheint es aber, kritische Infrastrukturen vor schädlichen Abhängigkeiten zu befreien. Als besonders markant müssen wir die Unfähigkeit europäischer Eigenständigkeit im Energie- und Technologie-sektor, in der medizinischen/pharmazeutischen Versorgung und nicht zuletzt in politischer Hinsicht bezeichnen. Leider mussten wir immer wieder beobachten, wie es den europäischen Staaten (innerhalb und jenseits der EU) nicht gelang, sich auf eine gemeinsame konsequente Außenpolitik zu einigen, weshalb auch 2024 Europa nicht als gleichrangiger internationaler Akteur neben den USA, China, Indien oder Russland erachtet werden kann. Die Energieabhängigkeit Europas ist ungebrochen hoch, auch nach der russischen Invasion in der Ukraine.

Die EU-Staaten müssen nach wie vor mehr als die Hälfte ihrer Energie importieren. Gleichzeitig ist der Großteil an Schlüsseltechnologien für die Energiewende aus Europa abgewandert, der Druck Chinas ist hier omnipräsent. Nicht zuletzt steht die Verlässlichkeit des transatlantischen Bündnisses 2024 erneut auf dem Prüfstand. Die politische (und militärische) Sicherheit Europas darf nicht weiterhin vom US-amerikanischen Wahlergebnis abhängen. Gleichzeitig darf eine konsequente GASP der EU nicht mehr am destruktiven Widerstand einzelner Regierungen scheitern.

2. Beschränkung und Umkehrung der Klimafolgen als oberste Priorität

In allen Politikfeldern gilt es spätestens jetzt den Leitsatz zu etablieren, dass jede politische Maßnahme nach ihren Effekten auf das Weltklima, ihren konkreten Folgen für Mensch und Natur und ihrem Beitrag zur Reduktion klimaschädlicher Emissionen abgewogen werden muss. Damit einher geht der notwendige Schritt, Klimapolitik jenseits von Themen wie Emissionshandel, Erneuerbaren-Ausbau und Mobilitätswende zu denken: Die Bekämpfung der Folgen des beschleunigten Klimawandels ist inhärent geknüpft an die Bereiche Soziales,

(Land-)Wirtschaft, Bildung, Handel, Sicherheit, um nur einige zu nennen. Der/die Einzelne kann und darf nicht verantwortlich für die Lösung eines Problems gemacht werden, das in einer unökologischen, ineffizienten und auf Überausbeutung basierenden Wirtschaftslogik seinen Ursprung hat. Dass wirtschaftliches Wachstum nicht mehr als alleiniger Maßstab zur Erhebung gesellschaftlichen Wohlergehens dienen kann, zählt ebenso zur Neuausrichtung zukunftsfähiger Politik wie die ehrliche Kommunikation realer und erwartbarer Folgen der Destabilisierung des Klimasystems, die uns selbst bei Einhaltung aller bisher gesetzten Ziele noch erwarten. Europaweite Förderungen für Klima(folgen-)forschung, klimaverträgliche Raum- und Stadtplanungsprojekte, sozialer Abfederung und schließlich verschärfte Sanktionen bei Nichteinhaltung rechtlich bindender Klimaziele sind nur einige rahmengerbende Maßnahmen, die für mich zu einer glaubwürdigen, ernstgemeinten Klimapolitik zählen sollten.

3. Schutz der Grund- und Menschenrechte

Ein Blick auf die zahlreichen Berichte von den EU-Außengrenzen genügt, um den offenen Widerspruch von Hochhaltung und Missachtung der (selbstgegebenen) Menschenrechte zu konstatieren. Jeder und jedem wird es beim Anblick dieser Bilder schwer fallen, noch ernsthaft an eine realistische und humane Migrationspolitik der europäischen Staaten zu glauben. Zu häufig wurden zu dieser Thematik seit 2015 bereits dieselben Forderungen geäußert, ohne mess- und spürbare Verbesserungen zu verzeichnen, weshalb man sich fragen sollte, ob nicht im grundsätzlichen Zugang der letzten Jahre selbst der Fehler begründet sein könnte: Wenn sogar der neue Chef der Frontex-Grenzschutzbehörde Hans Leijtens erst unlängst von einem „Irrglauben“ sprach, demzufolge man flüchtende Menschen einfach aufhalten und Grenzen schließen könnte, sollte ein längst überfälliger Paradigmenwechsel der logische nächste Schritt sein. Der „alte“ bzw. alternde Kontinent Europa wird nicht aus ‚eigener‘ Kraft die demografische Verschiebung der nächsten Jahre stemmen können, die notwendigen Berufe zur Bewältigung des sozialen und technologischen Wandels werden ebenfalls zu einem

erheblichen Teil durch neu zugewanderte Menschen abgedeckt werden müssen. Migration ist ein konstantes soziales Phänomen, das durch akute Krisenfälle wie Kriege oder Umweltkatastrophen beschleunigt und damit erwartbar auch in den nächsten Jahrzehnten weiter zunehmen wird. Die EU umfasst annähernd eine halbe Milliarde Menschen, die Nettozuwanderung im Zeitraum 2000–2021 beträgt ungefähr 33 Millionen Menschen, also rund 7 % der EU-Bevölkerung. Der Anteil an Geflüchteten liegt gar bei nur 1,5 % der Gesamtbevölkerung. Die besonders von rechten Gruppen und Parteien propagierte Vorstellung eines „Bevölkerungsaustausch“ sieht anders aus, ganz zu schweigen von der menschenverachtenden, rassistischen Konnotation solcher kruden Gesellschaftstheorien. Es gilt daher das Narrativ sprichwörtlich umzudrehen und legale Migrationspfade zu ermöglichen und Asylanträge noch um einiges schneller zu bearbeiten.

Das sollte am besten gleich bei Erstübertritt der EU-Grenzen geschehen.

Die wiederholt geforderte „Hilfe vor Ort“ wurde häufig nur halbherzig und unter nationaler Eigenregie durchgeführt und hat sichtlich zu keinen Verbesserungen in den betroffenen Regionen geführt. Kurz gesagt: Auch bei diesem Thema ist Ehrlichkeit in der Kommunikation und eine Refokussierung des Diskurses auf eine menschenrechtskonforme, würdige Vorgehensweise im Umgang mit – auf welche Weise auf immer – eintreffenden Flüchtenden auf dem europäischen Kontinent. Bisherige Maßnahmen haben vor allem unter den Slogans der „Terrorismusbekämpfung“ und „Schlepperbekämpfung“ das Bild der Illegalität und Gefährdung untermalt, statt der tatsächlichen täglichen menschlichen Tragödie (gerade) auf europäischem Boden ein Ende zu bereiten.



Beispiel:

Die Partei (Langbezeichnung: *Die Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative* aus Deutschland) bedient sich oftmals satirischer Mittel.

Wenn diese die „Guten“ sind, wer sind dann die „Bösen“?

4. Kampf der Desinformation

Durch alle Themen zieht sich ein paralleler Kampf um die Deutungshoheit, was an für sich im politischen Diskurs nicht weiter verwerflich ist. Aber die politische Entscheidungsfindung und internationale sowie schließlich europäische Politik müssen nicht nur auf gemeinsamen Grundwerten und Überzeugungen fußen, sondern auch auf einer gesicherten Faktenbasis, deren Anzweiflung jeden Entscheidungsprozess zu untergraben droht. Besonders Desinformationsnetzwerke, die gezielt Fehlinformationen auf allen Medienplattformen streuen, tragen ihr übriges dazu bei, Entscheidungsgrundlagen und das Vertrauen in Politik und Wissenschaft zu untergraben. Das Gegenkonzept: Ein starker, unabhängiger, europäisch geförderter Journalismus, der sich der Wahrheitsfindung und Aufklärung verschrieben hat, ohne die Komplexitäten und Widersprüche des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu leugnen. Desinformation und Verschwörungstheorien spielen mit dem latenten Gefühl von Menschen, dass irgendetwas im politischen System ‚gänzlich falsch‘ laufe und die Wahrheit vor der breiten Masse versteckt bliebe. Das Vertrauen in die Mitmenschen und den Staat wird damit unmittelbar angegriffen und bildet den Unterbau für immer realitätsfernere Ansichten, die sich unter den Bedingungen der grenzüberschreitenden, digitalen Vernetzung wie Lauffeuer zu verbreiten und vermeintliche Welterklärungsalternativen zu verfestigen vermögen. Die Europäische Kommission und das Parlament haben sich bereits seit mehreren Jahren dem Kampf gegen die Desinformation verschrieben, unter anderem mit der Schaffung eines Sonderausschusses im EP, aber noch viel entscheidender wird das Zusammenwirken zivilgesellschaftlicher Akteure in der (Re-)Etablierung einer faktenbasierten, kritischen Diskurskultur.

5. Alsbaldige Einberufung des Verfassungskonvents

Die Zukunftskonferenz vor nunmehr drei Jahren bot uns eine einmalige Gelegenheit, eine nie dagewesene Erhebung der Sorgen und Ideen hinsichtlich der Zukunft Europas über alle Gesellschaftsschichten hinweg vorzunehmen. Selbst habe ich mich im Zuge der

Kampagne „Stand for Something“ daran beteiligt, die Vorschläge und Wünsche österreichischer Jugendlicher zu erfragen. Das Bekenntnis zu einem solidarischen, demokratischen, gerechten Europa ging deutlich aus den Befragungen und Gesprächen hervor ebenso wie der Wunsch nach institutionellen Reformen. Wenngleich die Ideen etwa über eine künftige Kompetenzgestaltung des EP und des Rats der EU weit auseinandergehen mögen, der viel wichtigere erste Schritt hin zur Vertragsreform wäre die Einlösung des Versprechens eines Verfassungskonvents, wie er 2022 angekündigt worden war. Dass dieser bis auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben wurde, untergräbt die Ernsthaftigkeit der gesamten Zukunftskonferenz und dürfte viele der mehreren Hunderttausend Bürger:innen, die an der Ausarbeitung der Vorschläge für die Abschlusserklärung mitgewirkt haben, vor den Kopf stoßen. Eine konsequente Verfolgung der Konferenzergebnisse sollte eine absolute Priorität sein, wenn die Union tatsächlich resilienter und zukunftsfähig ausgestaltet sein sollte. Vor allem im Hinblick auf eine künftige Erweiterung der Mitgliedstaaten auf über 30 setzt eine institutionelle Neuausrichtung notwendigerweise voraus, wenn die Organe der EU auch weiterhin entscheidungsfähig bleiben möchten.

6. Verteidigung demokratischer Grundsätze

Abschließend ist es mir ein Anliegen, vor dem Hintergrund der kürzlichen Entwicklungen in Deutschland klar zu machen, dass auch wir als Föderalist:innen aufgerufen sind, uns gegen offenen anti-demokratische und menschenrechtswidrige Tendenzen an den politischen Rändern zu verteidigen. Eine Beschwichtigung der Entwicklungen der letzten Jahre ist an dieser Stelle schlicht nicht mehr möglich. Euphemismen à la „Wählergruppen, die man wiedergewinnen muss“ reichen auch nicht mehr aus, da sich ebenjene Bevölkerungsgruppen zunehmend gänzlich vom politischen Diskurs ausschließen und damit auch vom Weg zurück in die ‚geregelt‘ demokratische Auseinandersetzung zwischen den Parteien. Wir können seit nunmehr zwanzig Jahren ein schrittweises Abdriften und Zuspitzen politischer Akteure und ihrer Botschaften beobachten, das bei einem unignorierbar immer größer werdenden Anteil der

Bevölkerung auf offene Ohren zu stoßen scheint. Ich sehe mich nicht in der Verantwortung die „Schuldigen“ für diese Entwicklung zu benennen, aber eine Forderung möchte ich als Vertreter einer Bewegung, die sich unmittelbar aus dem antifaschistischen Widerstand heraus entwickelt hat, unmissverständlich äußern: Rassistische, antisemitische, xenophobe, demokratieverachtende, menschenrechtsmissachtende, verfassungswidrige, nationalsozialismus- oder faschismusverherrlichende Ansichten, Äußerungen und Taten haben nicht nur keinen Platz in unserer Gesellschaft, sondern müssen mit voller Überzeugung bekämpft werden.

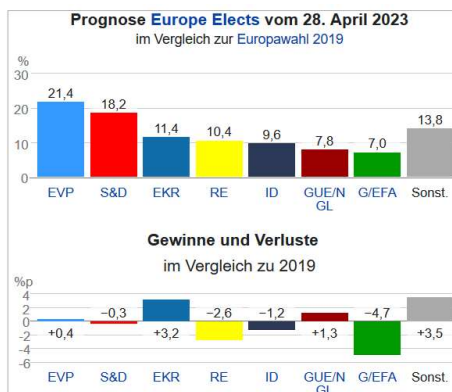
Dieser „Kampf“ geht im demokratisch verfassten Staat über den Weg der verfassungsrechtlichen Verfolgung solcher Tendenzen, der gelebten Gleichberechtigung und Toleranz gegenüber angegriffenen, stigmatisierten Bevölkerungsgruppen und die Überzeugung durch positive pro-demokratische Worte und Akte. Wie auch am Anfang der europäischen Einigung die „Solidarität der Tat“ (Schuman-Plan) stand, so müssen alle vom demokratischen Konsens überzeugten Kräfte nunmehr ihre Solidarität beweisen und bei den diesjährigen Wahlen klare Kante gegenüber sämtlichen Gegentendenzen zeigen. Über all diese Forderungen

hinausgehend trete ich immer für ein Europa der konstanten Beteiligung ein, für ein erlebbares Europa im Alltag, niederschwellige Aktionen zur EU-Bildung und Wähler:innensensibilisierung und nicht zuletzt die Verbreitung des föderalistischen Gedanken in allen politischen Debatten! Karl Jaspers schrieb einmal, dass unser Zukunftsbild stets auf dem Vergangenen und dem Gegenwärtigen fußt, durch die wir die Zukunft „in realen Möglichkeiten“ erdenken. Es ist dieses „Zukunftsbewusstsein“, das direkt in unsere Gegenwart hineinwirkt und unsere Entscheidungen im Hier und Jetzt beeinflusst. Voraussetzung dafür ist aber allem voran die „Verantwortung für das Gegenwärtige“.

So möchte ich es auch halten: Nehmen wir die uns auferlegte historische Verantwortung an, erkennen wir die Verantwortung unserer Gegenwart und übernehmen Verantwortung für unsere Zukunft. Grund zur Sorge wird es immer geben, aber setzen wir diesem Grund die Entschlossenheit zu handeln gegenüber, gelingt uns auch die Bewältigung jedes Krisenmoments. Jede Krise ist schließlich ein Wendepunkt und ein Moment der Entscheidung. Möge diese Krise den Anfangspunkt der Renaissance des europäischen, föderalen und demokratischen Grundgedankens bilden!



Der Salzburger Andreas Moser hat nach der Matura 2018 einen Europäischen Freiwilligendienst (heute Europ. Solidaritätskorps) in einem Europahaus in Frankreich absolviert. Seither engagiert er sich neben seinem Studium der Politikwissenschaft aktiv in länderübergreifenden Bewegungen und Kampagnen. Zuletzt war er 2022 als Jugendaktivist für Österreich Teil der mit dem Österreichischen Jugendpreis ausgezeichneten Kampagne „Stand for Something“, die die Zukunftswünsche, Hoffnungen, Sorgen und Ideen europäischer Jugendlicher erhoben und in die Konferenz zur Zukunft Europas einfließen lassen hat. Er ist u. a. als Volunteer im gemeinsamfür-Netzwerk des Europäischen Parlaments aktiv und aktuell Bundesvorsitzender des Bundes Europäischer Jugend/JEF Österreich.



GUE/NGL: 51	RE: 89
G/IEFA: 49	EVP: 163
S&D: 141	EKR: 85
NI: 62	ID: 64

Quelle: Wikipedia, Artikel: Europawahl 2024

Minderheiten in der EU – Die Zukunft der Minderheiten in Europa

(Előd Balázs-Pál)

Schätzungsweise 7–8 % der EU-Bürger gehören einer nationalen Minderheit innerhalb der EU an und 10 % sprechen eine Regional- oder Minderheitensprache. Ihre einzigartigen Kulturen und Sprachen sind ein unverzichtbarer Teil des reichen europäischen Kulturerbes. Politische, wirtschaftliche und soziale Kräfte sowie die Globalisierung selbst tragen zu einem sich beschleunigenden Trend der Assimilation und des Sprachverlusts bei. Dies führt zu einer Verringerung der sprachlichen und kulturellen Vielfalt in der EU – einer Vielfalt, die die EU vertragsgemäß zu schützen hat. Diese Kräfte werden häufig noch verstärkt durch eine feindselige und diskriminierende staatliche Politik und die mangelnde Achtung des Rechts dieser Minderheiten auf ihre spezifische Identität mit allen damit einhergehenden Rechten auf Sprache, Bildung und demokratische Teilhabe. Oftmals wird sogar das Zeigen von Symbolen, die mit ihrer Identität in Verbindung stehen, als Angriff auf die Souveränität der Staaten, in denen sie leben, angesehen, trotz aller Bestimmungen der bestehenden internationalen Referenzdokumente. Infolgedessen verschlechtert sich die Lage dieser Minderheiten und der kulturelle Wert, den sie darstellen, droht langsam zu verschwinden, wenn nicht rechtzeitig wirksame Maßnahmen ergriffen werden.

Bevor wir uns im Detail mit den Ursachen dieser Verschlechterung und den Maßnahmen befassen, die ergriffen werden könnten, um diesen Prozess aufzuhalten, sollten wir einige wichtige Aspekte definieren.

Wer sind die Minderheiten?

Autochthone nationale Minderheiten/Volksgruppen sind jene Minderheiten, die aufgrund von Entwicklungen in der europäischen Geschichte, Änderungen der Staatsgrenzen und anderen historischen Ereignissen entstanden sind. Autochthone nationale Minderheiten/Volksgruppen sind auch die Völker Europas, die nie einen eigenen Staat gegründet

haben und als Minderheit auf dem Gebiet eines Staates leben (aus der FUEN-Charta).

Es gibt über 400 europäische Minderheitengruppen auf dem Kontinent. Insgesamt leben in Europa mehr als 100 Millionen Angehörige autochthoner Minderheiten, in der EU sind es mehr als 50 Millionen. Einer von sieben Europäern gehört einer autochthonen Minderheit an oder spricht eine Regional- oder Minderheitensprache.

Trotz ihrer gemeinsamen Merkmale verwenden diese Gemeinschaften unterschiedliche Bezeichnungen, um sich selbst zu identifizieren, wie z. B. nationale Minderheiten, Nationalitäten, Gemeinschaften, Nationen, Sprachgruppen. Aus verschiedenen Gründen wird in einigen Staaten die Nationalität in Volkszählungen nicht erfasst, und es gibt auch Staaten, die Minderheiten überhaupt nicht anerkennen.

Die Bedürfnisse und Herausforderungen dieser Gemeinschaften sind sehr unterschiedlich. In Europa bestehen hervorragende Modelle für ein Gleichgewicht zwischen Minderheiten und Mehrheiten, aber es gibt auch Staaten, die die Existenz ihrer autochthonen Minderheiten leugnen.

Was ist die FUEN?

Die 1949 in Paris gegründete Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (kurz: FUEN) ist einer der wichtigsten Akteure auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes in Europa. Als Dachverband vereinigt sie 114 Minderheitenorganisationen und ist in 36 Ländern vertreten. Sie ist der wichtigste Fürsprecher der autochthonen nationalen Minderheiten, Nationalitäten und Sprachgruppen in Europa und versteht sich als eine Gemeinschaft zur gegenseitigen Unterstützung, die die Interessen der europäischen Minderheiten auf regionaler, nationaler und vor allem europäischer Ebene vertritt.

Sie unterhält ein großes Netzwerk von europäischen Regionen, politischen Entscheidungsträgern, wissenschaftlichen Instituten, Kultur- und Bildungseinrichtungen, Jugendorganisationen, Medien und anderen Partnern und setzt sich für den Erhalt und die Förderung der Identität, Sprache, Kultur, Rechte und Traditionen der europäischen Minderheiten ein. Sie nimmt regelmäßig an Sitzungen und Konferenzen internationaler Organisationen wie den EU-Institutionen, dem Europarat, den Vereinten Nationen und der OSZE teil. Unter ihrem Dach arbeiten sechs Arbeitsgruppen: die Arbeitsgruppen der deutschen, slawischen, türkischen und ungarischen Gemeinschaft, die Arbeitsgruppe für Bildung und die Arbeitsgruppe für Minderheiten ohne Staat.

An der Spitze der FUEN steht das Präsidium, das von der Delegiertenversammlung gewählt wird und aus dem Präsidenten, sechs Vizepräsident*innen und dem Präsidenten der JEV (ex officio) besteht. Seit dem FUEN-Kongress 2016 in Breslau/Wroclaw (Polen) wird das Präsidium von Loránt Vincze, einem Mitglied der ungarischen Minderheit in Rumänien, geleitet.

In den letzten Jahren hat die FUEN ihr Team und ihre Präsenz erweitert und gefestigt und betreibt drei Büros – in Flensburg, Berlin und Brüssel. Der Erfolg der von der FUEN koordinierten Europäischen Bürgerinitiative *Minority SafePack* verschaffte der Organisation eine neue Sichtbarkeit und eine gefestigte Position. Neben ihrer Advocacy- und Lobbyarbeit setzt sich die FUEN dafür ein, die allgemeine Wahrnehmung von Minderheiten als Gemeinschaften, die sich nur auf Traditionen konzentrieren, zu verändern, indem sie ihren wirtschaftlichen Mehrwert auf dem jährlichen Forum der europäischen Minderheitenregionen hervorhebt, ihre Einbindung in den Entscheidungsprozess auf der Konferenz „Minderheiten auf dem westlichen Balkan“ erleichtert und ihre Fußballtalente auf der EUROPEADA präsentiert.

Wie ist die aktuelle Situation?

Es gibt zu wenige einschlägige Studien über die Situation von Minderheiten in Europa und der

EU, und wir können uns glücklich schätzen, dass gerade in diesem Januar eine solche vorgelegt wurde. Die Studie mit dem Titel „Linguistic and Cultural Diversity – Minority and Minoritised Languages as Part of European Linguistic and Cultural Diversity“¹ wurde von der Abteilung für Bürgerrechte und konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments auf Ersuchen des PETI-Ausschusses in Auftrag gegeben. Ihr Autor, Paul Videsott (Freie Universität Bozen – unibz/Südtiroler Volksgruppen-Institut – SVI), analysiert Daten über Minderheiten aus den letzten vier Jahrzehnten, hebt einige bewährte Verfahren hervor und bietet mögliche Lösungen an.

Laut der Studie von Paul Videsott gibt es in Europa 50 Titularnationen und mindestens 362 Minderheiten, und in der Europäischen Union 29 Titularnationen und mindestens 158 Minderheiten. Diese 158 nationalen Minderheiten machen nur 7 % der EU-Bevölkerung aus (sie sind in der Minderheit), aber sie repräsentieren 89 % der kulturellen und sprachlichen Vielfalt innerhalb der EU. Wenn die Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in Europa ihren Zweck erfüllen soll, muss sie auch durch die Förderung der nationalen autochthonen Minderheiten und ihrer Minderheitensprachen erfolgen. Dies erfordert Maßnahmen zur Unterstützung des Gebrauchs dieser Sprachen.

„Minderheiten- und minorisierte Sprachen, die den größten Teil des sprachlichen und kulturellen Reichtums der EU und Europas ausmachen, befinden sich heute mehr denn je am Scheideweg. Radikale Veränderungen in ihrem wirtschaftlichen und sozialen Umfeld, erhöhte Mobilität und ungezügelter Globalisierung haben das traditionelle Umfeld, in dem Minderheiten- oder minorisierte Sprachen weitergegeben wurden, tiefgreifend verändert. In dieser veränderten Welt haben Minderheiten- und minorisierte Sprachen nur dann eine Zukunft, wenn die Motivation für ihre Verwendung und Weitergabe neu und anders gedacht wird. Diese neue Motivation liegt in dem Mehrwert, den die Kenntnis einer Minderheiten- oder minorisierten Sprache mit sich bringt.“

¹ [https://www.europarl.europa.eu/think-tank/hu/document/IPOL_STU\(2023\)751273](https://www.europarl.europa.eu/think-tank/hu/document/IPOL_STU(2023)751273)

Dieser Mehrwert liegt zum einen im individuellen Nutzen der Mehrsprachigkeit (einschließlich des Eigenwerts der Sprache als Trägerin von Kultur und Identität und eines monetären Werts, der sich in der Interaktion mit anderen Menschen, z. B. auf dem Arbeitsmarkt, realisiert) und zum anderen im gesellschaftlichen Nutzen (Mehrsprachigkeit ist der Motor ganzer Wirtschaftszweige – z. B. im Bildungswesen, im Kultur- und Kreativbereich, Tourismus, in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit –, die nicht einfach in andere Regionen oder Teile der Welt ausgelagert werden können, weil sie an eine bestimmte Sprachkombination gebunden sind)“, erklärt Videsott.

Die Studie zeigt, dass mehr als zwei Drittel der Minderheitengemeinschaften in der EU (und auch auf gesamteuropäischer Ebene) in den letzten vier Jahrzehnten erheblich zurückgegangen sind. Der Rückgang der Minderheiten ist jedoch kein „Naturgesetz“; er kann durch geeignete Maßnahmen und Rahmenbedingungen aufgehalten und sogar umgekehrt werden. Einige Minderheiten in der EU und in Europa wachsen. Videsott zufolge lassen sich Strategien für eine wirksame Minderheiten- und Sprachförderung aus den Bedingungen ableiten, die dieses Wachstum ermöglichen – das Vorhandensein einer spezifischen Autonomie mit den dazugehörigen politischen, wirtschaftlichen und sprachlichen Rahmenbedingungen (wie z. B. das Vorhandensein eines Standardkodex).

Tatsächlich haben 12 der 17 Minderheiten (rund 75 %), die über eigene Formen der Autonomie verfügen, ein Bevölkerungswachstum zu verzeichnen. Dies ist eine Tatsache, die bei der Diskussion über bewährte Praktiken im Minderheitenschutz berücksichtigt werden muss.

Was tut die EU für Minderheiten?

Von allen internationalen Systemen und Organisationen hat die Europäische Union bei weitem den größten Einfluss auf das tägliche Leben der europäischen Bürger und ist heute einer der wichtigsten Garanten für Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Grundrechte. Allerdings fehlt es noch immer an einer kohärenten Minderheitenschutzpolitik auf EU-Ebene.

Der Minderheitenschutz ist ein ausdrücklicher Gründungswert der EU, der in Artikel 2 EUV neben Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte genannt wird. Die Kommission hat zwar die Einhaltung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten überwacht, jedoch nie in Bezug auf die Minderheitenrechte. Außerdem gibt es keine rechtlichen Maßnahmen der EU zum Schutz nationaler und sprachlicher Minderheiten. Was die Finanzierung anbelangt, so gibt es mehrere EU-Programme und -Fonds, die von Minderheiten in Anspruch genommen werden können, doch die Zahl der tatsächlich finanzierten Minderheitenprojekte ist minimal.

Bislang hat sich die Europäische Union auf den Schutz von Minderheiten vor allem in der Außenpolitik konzentriert. Dazu gehören vor allem die vom Europäischen Rat im Juni 1993 verabschiedeten Kopenhagener Kriterien, die jeder Beitrittskandidat zur Europäischen Union erfüllen muss. Neben Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten ist die Achtung und der Schutz der Minderheitenrechte zu einem der wichtigsten politischen Kriterien im Heranführungsprozess geworden. Dank dieser Verpflichtungen haben einige der neuen Mitgliedstaaten in Mitteleuropa sehr fortschrittliche Modelle für den Schutz ihrer Minderheiten angenommen. Diese Maßnahme führte jedoch zum Kopenhagen-Dilemma, da die Kriterien nur für Beitrittskandidaten gelten, während die Länder, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Kopenhagener Kriterien durch den Europäischen Rat bereits Mitglied der EU waren, nie an diesen Standard gebunden waren. Außerdem konnten die Länder, die ihre Beitrittsverpflichtungen im Bereich des Minderheitenschutzes nicht einhielten, dies ungestraft tun, sobald sie dem „EU-Club“ beigetreten waren. Bedauerlicherweise ist dies in vielen Mitgliedstaaten der Fall gewesen.

Was tut die EU sonst noch für Minderheiten?

In den 1990er Jahren wurden vom Europarat, der Organisation, der die meisten Länder des Kontinents angehören, zwei wichtige Übereinkommen mit dem Ziel verabschiedet, ein rechtliches Minimum für Minderheitensprachen und -völker zu schaffen:

die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen (ECRML) und das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten (FCNM).

Obwohl der Ausgangspunkt des Europarats die Notwendigkeit war, die Grundvoraussetzungen für die Stabilität in Mitteleuropa zu gewährleisten, war dieser Schutz auf den gesamten Kontinent ausgerichtet. Der FCNM und die Sprachencharta sind nach wie vor die wichtigsten Normen für den Schutz nationaler und sprachlicher Minderheiten. Ihre Wirksamkeit wird jedoch durch mehrere Faktoren geschwächt. Einer dieser Faktoren ist, dass nicht alle EU-Mitgliedstaaten sie unterzeichnet bzw. bei ihrer Verabschiedung Vorbehalte geäußert haben.

Ein weiterer Faktor ist der Mangel an Exekutivbefugnissen des Europarats, der ihre Umsetzung in der Praxis vom guten Willen der Staaten abhängig macht, was zu einer spürbaren Kultur der Nichteinhaltung der beiden Instrumente führt. Das dritte Problem ist, dass diese beiden Rechtsinstrumente veraltet sind, da sie keinen Bezug auf den immer wichtiger werdenden Bereich der Digitalisierung nehmen.

Was kann getan werden, um den Schutz von Minderheiten in der EU zu verbessern?

Nach den Verträgen fällt der Schutz von Minderheiten in die alleinige Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Die einzige Möglichkeit, wie die EU de facto zum Beschützer von Minderheiten werden könnte, wäre, die Verträge zu ändern und den Minderheitenschutz zu einer gemeinsamen Zuständigkeit zu machen. Doch selbst die größten Optimisten glauben nicht, dass dies in naher Zukunft geschehen wird.

Dennoch könnte die EU bereits in ihrem derzeitigen Zustand die Überwachung der Situation von Minderheiten vollständig in ihren Rechtsstaatlichkeitsmechanismus zum Schutz von Artikel 2 EUV integrieren. Sie könnte auch das Ziel der Förderung der Vielfalt besser in ihre Finanzierungsprogramme integrieren und die besonderen Bedürfnisse nationaler oder sprachlicher Minderheiten bei der Entwicklung von Maßnahmen in ihren Zuständigkeitsbereichen berücksichtigen.

Ein recht erfolgreicher Versuch, dies zu erreichen, war die Europäische Bürgerinitiative mit der Bezeichnung „Minority SafePack Initiative“. Sie wird von vielen als die bedeutendste Initiative zum Schutz der Rechte nationaler Minderheiten in der Europäischen Union in den letzten Jahrzehnten angesehen. Sie fordert die EU auf, eine Reihe von Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in der Union durch eine wirksame Sprach-, Bildungs- und Kulturpolitik für nationale und sprachliche Minderheiten in den Mitgliedstaaten zu ergreifen. Unter anderem wird die Einrichtung eines Europäischen Zentrums für Sprachenvielfalt gefordert, das den EU-Institutionen, -Einrichtungen und -Agenturen sowie den Mitgliedstaaten Fachwissen und Unterstützung bei der Förderung der Sprachenvielfalt in der EU und beim Schutz und der Förderung von Regional- und Minderheitensprachen bieten soll. Die Gesetzesvorschläge fordern auch eine europaweite Forschung zum Mehrwert von Minderheiten für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung, die Angleichung der Rechte staatenloser Minderheiten und einen besseren grenzüberschreitenden Zugang zu audiovisuellen Mediendiensten.

Die von der FUEN koordinierte Kampagne war ein großer Erfolg, sowohl durch die Sammlung von mehr als 1,1 Millionen Unterstützungssunterschriften in den Mitgliedstaaten in den Jahren 2017–2018, als auch durch die starke Unterstützung in den europäischen und nationalen Parlamenten – einschließlich einer mit Dreiviertelmehrheit im Europäischen Parlament angenommenen Resolution und einer Bundesratsresolution. Trotz der starken öffentlichen und politischen Unterstützung beschloss die Europäische Kommission 2021, auf keinen der MSPI-Vorschläge einzugehen. Die Initiatoren haben diese Entscheidung vor dem Europäischen Gerichtshof angefochten, eine endgültige Entscheidung wird im Laufe dieses Jahres erwartet.

Eine weitere Möglichkeit wäre die Entwicklung einer sich gegenseitig verstärkenden Zusammenarbeit mit dem Europarat. Eine künftige Unionspolitik für nationale und sprachliche Minderheiten, die auf den Errungenschaften und Erfahrungen des Europarats aufbaut,

könnte zu einem wirksameren Instrument werden, als es der FCNM und das ECRML derzeit sind. Eine solche Entwicklung könnte zu stärkeren Garantien und einer besseren Durchsetzung der Minderheitenrechte führen und würde eine große Chance bieten, von sinnvollen Synergien zu profitieren, da Stellungnahmen und Empfehlungen der Überwachungs-gremien des FCNM und des ECRML in die EU-Politik einfließen oder als Grundlage für die Bereitstellung von Finanzmitteln für die Erhaltung der sprachlichen und kulturellen Vielfalt in der EU dienen könnten.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wurde im Europäischen Parlament im Jahr 2023 unternommen, als eine Resolution zu den institutionellen Beziehungen zwischen der EU und dem Europarat (2022/2137(INI); Berichterstatter: Loránt Vincze, Mitglied des Europäischen Parlaments und Präsident der FUEN) mit großer Mehrheit angenommen wurde. Der Schutz von Minderheiten ist ein Schlüsselement der Resolution und das Parlament fordert sogar, dass die Europäische Union dem FCNM und dem ECRML beitrifft.

Aufgrund unterschiedlicher historischer, sozialer, wirtschaftlicher und anderer Faktoren sind nationale und sprachliche Minderheiten keine homogenen Gruppen und erfordern als solche differenzierte Lösungen für die Probleme, mit denen sie konfrontiert sind. Allerdings gibt es in Europa viele Fälle, in denen die Vielfalt gut gehandhabt, ethnische Konflikte befriedet und sogar erfolgreiche Maßnahmen zur sprachlichen und kulturellen Wiederbelebung durchgeführt wurden.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sollten sich alle Lösungen zunutze machen, die sich in bestimmten Situationen bereits bewährt haben. Die Übernahme einer koordinierenden Rolle zwischen den Mitgliedstaaten unter Verwendung von Soft-Law-Instrumenten wie der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) könnte sich als wertvoll erweisen.

Ein ähnlicher Ansatz wird von der FUEN verwendet, um die Bestimmungen der Minority SafePack-Initiative in den Mitgliedstaaten umzusetzen. Durch ihre umfangreiche

Lobbyarbeit ist es der FUEN gelungen, in mehreren Mitgliedstaaten politische Unterstützung für die MSPI zu gewinnen, darunter auch in Deutschland, wo die Umsetzung der MSPI in den Koalitionsvertrag der Regierungsparteien aufgenommen wurde. Die Organisation gewann auch starke Unterstützung für die MSPI aus Minderheitenregionen, das jüngste Beispiel sind Südtirol und das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, die sich im Namen der MSPI dem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof in der Klage gegen die Europäische Kommission anschlossen.

Eine weitere bemerkenswerte Gelegenheit, den gegenwärtigen Status quo zu ändern, war die Konferenz über die Zukunft Europas, eine Reihe von Debatten und Konsultationen, die von der Europäischen Union organisiert wurden, um die Bürger an der Gestaltung der Zukunft der Union zu beteiligen.

Die Interfraktionelle Arbeitsgruppe „Minderheiten“ des Europäischen Parlaments koordinierte eine gemeinsame Anstrengung von Organisationen, die sich mit dem Schutz von Minderheiten befassen, um eine Reihe von Vorschlägen zu unterbreiten. Enttäuschend ist jedoch, dass nur eine allgemeine Linie zum Schutz von Minderheiten und die Einrichtung eines Zentrums für Sprachenvielfalt in das Abschlusspapier der Konferenz aufgenommen wurden.

Als Ergebnis der MSPI-Kampagne wurde die FUEN im Jahr 2002 zum Stakeholder-Dialog der Europäischen Kommission mit dem audiovisuellen Sektor eingeladen. Bei der Reihe von Treffen zum grenzüberschreitenden Zugang zu audiovisuellen Inhalten vertrat die FUEN die Interessen von Minderheiten; ihre Beiträge zu diesem Thema finden sich im Bericht 2023 des Europäischen Parlaments über die Umsetzung der Geoblocking-Verordnung wieder.

Schlussfolgerungen

Die Zahl der europäischen Bürger, die einer Minderheit angehören und eine Minderheitensprache sprechen, nimmt stetig ab. In den letzten 30 Jahren gab es keinen Durchbruch beim Schutz und der Förderung ihrer Sprachen, ihrer Kultur und ihrer Rechte.

Positive Beispiele aus mehreren Mitgliedstaaten zeigen, dass dieser Prozess gestoppt und sogar umgekehrt werden kann.

Die Europäische Union muss Minderheiten und ihre Sprachen und Kulturen als echte Werte anerkennen, die zur kulturellen und sprachlichen Vielfalt Europas beitragen, sie schützen und fördern. Dies ist die einzige langfristige Lösung, die das Überleben von Minderheitengemeinschaften in ganz Europa garantieren wird, und

die einzige Möglichkeit, wie Europa die Mehrheit seiner Vielfalt bewahren und wirklich „in Vielfalt geeint“ werden kann.

Ein guter Minderheitenschutz ist mehr als nur ein kulturelles Unterfangen. Er bringt positiven wirtschaftlichen und sozialen Wandel und trägt zum Frieden auf unserem Kontinent bei. Minderheitenpolitik ist Friedenspolitik, die sowohl den Minderheiten als auch der Mehrheit zugutekommt.



Auch das ist die Europäische Union: versehrter Unionsbürger, der sich bettelnd in Hermannstadt (Sibiu) durchs Leben schlagen muss (Bildquelle: Anton Schäfer)

Zimbern

(Anton Schäfer)

„Baz bar tünan bar andere Prunner bit eüch, herre, bar tünan 'z bit alleme herze un nette bit den trildarn.“¹

Mit diesem Satz wurde der bayrische Sprachforscher Johann Andreas Schmeller am 30. September 1833 von der Familie des Geschichtsschreibers Augustin Dal Pozzo Prunner in Castelletto begrüßt. Er schrieb in sein Tagebuch, dass es ihm war, als hörte er Klänge aus dem 11. Jahrhundert, als er diese zimbrische Sprachinsel betrat.²

Denn eine sehr kleine, sehr unbekannte und sehr alte Minderheiten in Italien sind diese Zimbern.

Sie sind historisch nicht abzuleiten von den Kimbern, die mutmaßlich aus dem nördlichen Jütland stammten und gemeinsam mit den Teutonen und Ambronem um Jahr 120 v. Chr. aus ihrem Siedlungsgebiet im Norden Mitteleuropas nach Süden zogen.

Die Zimbern sind hingegen bajuwarischer, tirolischer, schwäbischer Herkunft und vermutlich um das 11. Jahrhundert in Oberitalien eingewandert und bilden eine urtümlich deutschsprechende Sprachminderheit in den oberitalienischen Gebieten Trentino und Venetien.

Das Hauptsiedlungsgebiet umfasste die „Dreizehn Gemeinden“ (Tredici Comuni, auch Lessinische Gemeinden genannt) und die Sieben Gemeinden (Sette Comuni). Dies gehören heute zu den Provinzen Verona und Vicenza. Hinzu kommt noch die Gemeinde Lusern auf der Hochebene von Vielgereuth/Lafraun und die Laimbachtäler-Gemeinden am Fuße des Pasubio-Massivs in der Region Trentino Südtirol. Eine kleinere deutsche Sprachinseln gibt es auch im Fersental (Valle dei Mocheni) im Trentino sowie Sappada im Belluno und Sauris/Timman in der Provinz Udine.



Die Sprachinseln (gelb) des Zimbrischen in Italien (Quelle: Wikipedia, Datei Zimbern.png von User Nordavind)

Das Zimbrische ist vom Ursprung her ein etwa 800 Jahre alter althochdeutscher Dialekt, der durch die Abgeschiedenheit der Sprachinseln auch recht urtümlich erhalten geblieben ist und im 17. Jahrhundert zur Schriftsprache ausgebaut wurde. 1602 ließ Bischof Marco Cornaro von Padua den Katechismus „Christlike unt korze Dottrina“ als ältestes Buch in zimbrischer Sprache drucken.

Die Blütezeit der zimbrischen Regionen war zwischen dem 14. und dem 18. Jahrhundert. Durch die territoriale Abgeschiedenheit/erschwerter Zugänglichkeit auf über 1.000 m Höhe und der Autonomie, welche durch die damalige große Seerepublik Venedig im Gegenzug für den Schutz der Nordgrenzen zugestanden wurde, konnte sich eine selbstbewusste, eigene kulturelle zimbrische Identität entwickeln.

Durch die Aufklärung, Einigkeitsbestrebungen in Italien, die österreichische Herrschaft und zuletzt die Faschisten in Italien wurde der Dialekt bis in die Mitte des 20. Jahrhundert stark zurückgedrängt und wird heute nur noch von wenigen hundert Menschen gesprochen. Einzig in der Trentiner Gemeinde Lusern (Lusérn) ist das Zimbrische noch Alltagssprache.

¹ „Was wir Brunner für Euch machen, Herr, tun wir mit ganzem Herzen und nicht mit den Lippen.“

² „Mir war, als hörte ich Klänge des 11. Jahrhunderts“ in Landkreis Landshut vom 24. August 1985. Die Anmerkung verstehe ich nicht so recht!



Bildquelle: Cimbern-Kuratorium Bayern e. V.



Bildquelle: Cimbern-Kuratorium Bayern e. V.

Der überwiegende Teil der Zimbern spricht Italienisch und viele auch Hochdeutsch. Die Erhaltung der Sprache und der Tradition ist seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, insbesondere seit den 1980er Jahren, wieder in den Vordergrund gerückt. Tradition und Lebensart der Zimbern werden auch touristisch vermarktet. Ausgangspunkt für dieses Interesse an den Zimbern bildeten die Pionierarbeiten und Forschungen von Johann Andreas Schmeller vor fast 200 Jahren.



Bildquelle: Wikipedia, Datei:Johann Andreas Schmeller.jpg, User: El bes

Er erforschte die Grammatik des Zimbrischen (1838) und schrieb das erste Zimbrische Wörterbuch (1855) nieder. Im Zuge seiner Forschungen erkannte er auch, dass die Zimbern früher eine weitaus größere deutsche Sprachgemeinschaft östlich der Etsch waren.

Auf seinen Studien bauen weitgehend alle heutigen einschlägigen Arbeiten auf (z. B. von Hugo Resch und anderen). Wenngleich Schmeller aus einfachsten Verhältnissen stammte und keinen geradlinigen Lebensweg aufweisen konnte, gilt er als Begründer der modernen Mundartforschung in Deutschland.

Sein bekanntestes und bis heute nachwirkendes Werk ist ein vierbändiges Bayrisches Wörterbuch, auf welchem spätere Studien aufbauten.

Er besuchte die zimbrischen Sprachinseln zu Forschungszwecken zweimal und nahm große Unterschiede des Zimbrischen auf, da die Zimbern in drei zum Teil weit auseinander liegenden historischen Landstrichen leben und sich lokale Varianten des Zimbrischen im Laufe der Jahrhunderte sehr deutlich herausbildeten.

Woher der Name Zimbern (auch Cimbern, Cimbrer) kommt ist ungewiss. Das althochdeutsche Wort *zimbar* im Sinne von „Bauholz“ bzw. *Tzimerer* (mittelhochdeutsch für „Zimerer“) wird genannt.

Der Bürgermeister von Lusern Gianni Nicolussi Zaiga ist dabei ein Pragmatiker. Er will mit der Wiederbelebung der Traditionen und der Sprache der Bevölkerung ein touristisches Einkommen sichern, sodass die Jugend nicht mehr abwandern muss bzw. zurückkehren kann.¹

Bereits 1971 hatte sich in Deutschland der Cimbern Kuratorium e. V. gebildet, initiiert vom Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel. Ein ähnliches, länger bestehendes Kuratorium gibt es in Verona, der „Schwesterstadt“ Münchens.²

In Neumarkt, auf Schloss Forchtenstein, fand im Jahr 2000 ein Minderheitenseminar unter Beteiligung der Zimbern 6statt („*Die Cimbrer der Region Veneto zwischen Anhalten und Wechsel*“, Sergio Bonato). 2001 wurden die Zimbern als sprachliche Minderheit in Italien anerkannt.³ 2023 hat das Zimbern-Kuratorium Bayern e. V. den Antrag gestellt, die zimbrischen Sprachinseln in das Verzeichnis des UNESCO-Immateriellen Kulturerbes aufzunehmen.

Die Zimbern hatten und haben ein typisches europäisches „Schicksal“. Zuerst zur Entwicklung des Landes gerufen, lange Zeit zur Verteidigung der Grenzen gebraucht, dann von den Mächtigen im besten Fall nichtbeachtet, ansonsten unterdrückt und dann zwangsassimiliert.

¹ Vgl. den Beitrag „Lusérn – der Wunsch, die zimbrische Gemeinschaft neu zu beleben“ in der Tageszeitung Dolomiten vom 16. Oktober 2020.

² <https://cimbern-kuratorium-bayern.de/index.php/press-le-ser/auf-den-spuren-der-geschichte-der-cimbern.html>

³ <https://www.sueddeutsche.de/bayern/bayern-italien-zimbern-sprache-dialekt-brauchtum-1.4585986>

Nachruf Jacques Lucien Jean Delors

(Anton Schäfer)

Jacques Lucien Jean Delors galt als einer der wichtigsten „Baumeister“ der Europäischen Union. Sein Name wird durchaus zu Recht mit dem von Jean Monnet gemeinsam genannt. War Monnet der Schöpfer des Gedankens und der Wegbereiter auf den ersten Schritten, so war Delors der Architekt, der dem europäischen Haus mit viel Weitsicht die heutige Gestalt gab.

Umso verwunderlicher war es, dass sein Tod am 27. Dezember 2023 in Paris, immerhin war er „Ehrenbürger Europas“ im Verhältnis so wenige Reaktionen in den Unionsmitgliedstaaten hervorgerufen hat.¹

Delors wurde am 20. Juli 1925 in Paris in eine kleinbürgerliche französische Familie hineingeboren² und katholisch erzogen. Recht rasch löste er sich aus dem Konservatismus und wechselte zum gemäßigten Sozialismus, der sein Wirken auch sein Leben lang beeinflusste (und umgekehrt).

Und das war auch wichtig, stand er doch den Nein-Sagern, Dienern des Neoliberalismus und Bremsern bei der Weiterentwicklung der Europäischen Union, wie etwa Margaret Thatcher, in vielen Punkten konträr gegenüber.



Bildquelle: Wikipedia, Jacques Delors (1993).jpg, User: Europäische Kommission

Er war einer der wichtigsten Vertreter für einen gemeinsamen Binnenmarkt (Einheitliche Europäische Akte, Vertrag von Maastricht), der Weiterentwicklung der Europäischen Union zu

einem Bundesstaat und hat viel für die gemeinsame Identifikation der Bürger Europas beigetragen, so z. B. mit der Einführung des Euro (siehe Delors - Bericht 1988), Erasmus,

¹ Mit ihm starb der letzte der drei bisherigen Ehrenbürger Europas, schon zuvor waren Jean Monnet und Helmut Kohl gegangen.

² Der Vater von Jacques Delors war Bote bei der Banque de France und musste die Familie mit weiteren Einkommensquellen „über Wasser halten“.

Schengener-Abkommen, Europa der Regionen etc. Er war es auch, der gerade unter dem Eindruck des Zweiten Weltkrieges, den er persönlich erlebte, für den Frieden in Europa eintrat und wusste, ein gemeinsames Europa kann nur über die Mehrung des Wohlstandes zum Wohle aller gewährleistet werden.¹

Eine Sichtweise, die gerade aktuell unter dem Eindruck der kriegerischen Auseinandersetzung in Europa, von der wieder nur eine kleine Elite profitiert und daran interessiert ist, dass der Krieg und die Aufrüstung möglichst lange anhalten, wie schon zuvor während der COVID-19-Krise, aktueller denn je ist.

Delors wusste aus eigenem Erleben, wie schnell wegen einiger weniger dummer Menschen die Welt aus den Fugen geraten kann und wie wichtig es ist, diesen entgegenzutreten und den Bürgern Alternativen aufzuzeigen. Etwas, was viele Politiker immer noch nicht verstehen, wenn sie zwar den „Rechtsruck“ in der Politik und Bevölkerung bedauern und in Sonntagsreden anklagen, selbst aber nicht bereit (oder auch in der Lage) sind, Alternativen aufzuzeigen und mit gutem Beispiel voranzugehen.

Dementsprechend heißt es in seinen Memoiren:

„Die Welt ist zweigeteilt: In die, die etwas darstellen wollen, und die, die etwas bewirken wollen.“

Er gehörte fraglos zur zweiten Gruppe. Nicht zuletzt erfüllte ihn der immer stärker werdende Nationalismus und auch der Protektionismus in den Unionsmitgliedstaaten sowie weltweit, mit großer Sorge – die er mahnend bis ins hohe Alter kommunizierte.

Leider erfolglos, denn viele der aktuell politisch Mächtigen wollen nicht hören oder sind nur daran interessiert, die Politik als Sprungbrett zu verwenden, um sich einen „guten“ Job irgendwo in der Wirtschaft zu sichern. Sie wollen eben nur „darstellen“ und nicht etwas zum Wohle der Bürger bewirken.

Viele der Vorteile, welche die Unionsbürger in den letzten Jahrzehnten erlangt haben, sind Delors Verdienst. Und er betrachtete mit großer Sorge die Irrungen und Wirrungen in der aktuellen Politik und die deutlich sichtbaren Rückschritte auf dem Weg zu einem vereinten Europa.

Wenn es im Juni 2024 zur Wahl des Europäischen Parlaments kommt, wäre es für uns alle von Vorteil, wenn wir anschließend wieder einen Kommissionspräsidenten als Architekten Europas bekommen würden, der einen Weitblick, ein Geschick und eine Integrationskraft hätte, wie sie Jacques Delors hatte.



Delors-Gebäude in Brüssel (Bildquelle: Wikipedia, Datei: Jacques Delors Building 01.jpg von User Guy Delsaut)

¹ https://www.europarl.europa.eu/think-tank/de/document/EPRS_BRI%282020%29652009

Der Schlüssel zu Europa

(Anton Schäfer)

Der Schlüssel zu einem friedlichen und prosperierenden Europa liegt hier bei uns, bei jedem von uns. Wir sind es, die darüber entscheiden, wer uns vertreten soll und wen wir lieber nicht dabei haben wollen.

Die Europawahl 2024 ist wieder eine Möglichkeit, bei der wir darüber bestimmen, wer dieses Europa wie für uns gestalten soll.



Daher der Aufruf an alle, dieses Europa bei der Europawahl 2024 durch die Stimmabgabe aktiv mitzugestalten.



Die Europawahl 2024 ist bereits die zehnte Direktwahl zum Europäischen Parlament und findet vom 6. bis 9. Juni 2024 in den Unionsmitgliedstaaten statt.

Viele Europäische Föderalisten – auch in Österreich – haben jahrelang dafür demonstriert und Aktionen durchgeführt, damit diese Wahlen zum Europäischen Parlament möglich werden.

Es ist sicherlich noch nicht alles perfekt in der EU, die Bürger- und Freiheitsrechte leiden, die Macht der Staats- und Regierungschefs ist noch viel zu groß, die Europäische Kommission viel zu andienend an die Staats- und Regierungschefs und zu wenig selbstbewusst, doch im Sinne Jean Monnets machen wir weitere kleine Schritte zum großen Ganzen.

Fordern wir ein selbstbewusstes friedliches Europa ein, ein Europa, das nicht untergeht, weil einige kurzsichtige Politiker und „Unternehmer“ bzw. Spekulanten kurzfristig Gewinne machen wollen und vergessen, dass in einem zerstörten Europa auch sie keinen Platz mehr haben werden.

Vereinsnachrichten



Kongress der UEF

(Jakob Etzel)

Am 25. und 26. November 2023 fand der Kongress der Union der Europäischen Föderalisten (UEF) in Brüssel statt.

Im Mittelpunkt des Kongresses standen die Diskussion über eine Reform der EU und die Forderung des Europäischen Parlaments zur Einberufung eines Konvents.

Während der politischen Debatte ergriffen Raúl Santiago Fuentes (Vertreter der spanischen EU-Ratspräsidentschaft), die Europaabgeordneten Brando Benifei, Rainer Wieland, Alin Mituta, Cyrus Engerer, Mercedes Bresso, Pietro Bartolo und Thijs Reuten sowie der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments Enrique Barón Crespo das Wort.

Die fünf Ko-Berichtersteller des Berichts über die Änderung der Verträge Gaby Bischoff, Daniel Freund, Helmut Scholz, Sven Simon und Guy Verhofstadt sandten ein vorab aufgezeichnetes Video.

Die Delegierten fassten folgende Beschlüsse:

- Manifest für ein föderales Europa
- Resolution zur Wiederherstellung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in Europa
- Erklärung zur internationalen Situation mit den Schwerpunkten Ukraine und Israel

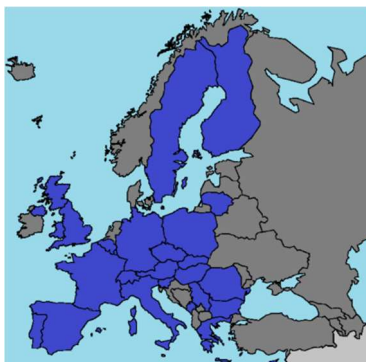
- Politische Erklärung zur Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen der UEF und dem World Federalist Movement

Bei den turnusmäßigen Wahlen wurde Domènec Ruiz Devesa MdEP zum Präsidenten gewählt. Markus Ferber MdEP wurde als Vizepräsident bestätigt. Zu weiteren Vizepräsidenten wurden Alin Mituta und Giulia Rossillo gewählt.

Schatzmeister ad interim ist Roland Hühn, Generalsekretärin ad interim Luisa Trumellini. Zu weiteren Vorstandsmitgliedern wurden Antonio Argenziano, Rafael Bez, François Leray, Daphne Gogou, François Mennerat, Eszter Nagy, Alejandro Peinado Garcia und Wolfgang Wettach gewählt.

Den Schiedsausschuss bilden Ugo Ferruta, Daniel Frey, Marianne Hühn, Andreu Iranzo Navarro, Peter Osten, Stefano Spoltore und Daniela White.

Der Kongress nahm eine Satzungsänderung an, die für die Umwandlung der UEF von einem in den Niederlanden ansässigen Verein in eine in Belgien ansässige Association Internationale Sans But Lucratif (AISBL) erforderlich war.



Mitgliedstaaten der Union Europäischer Föderalisten (UEF).



Vereinsnachrichten



Diplome d’Honneur für die Berswordt-Europa-Grundschule

(Mérite Européen Freundes- und Förderkreis Deutschland e. V.)

Am 5. Dezember 2023 wurde im Rahmen der Einweihung des Schulneubaus die Berswordt-Europa-Grundschule in Dortmund mit dem Diplome d’Honneur der Fondation du Mérite Européen ausgezeichnet. Die Leiterin der Schule, Anette König, nahm die Ehrung für ihre Schule im Rahmen des Eröffnungsprogramms in Gegenwart von Oberbürgermeister Thomas Westphal und zahlreichen Gästen, Eltern und Freunden und natürlich Schülerinnen und Schülern entgegen.

Die Berswordt-Europa-Grundschule erhielt die Auszeichnung, weil sie sich mit ihrem Lernkonzept der Vermittlung und Stärkung der europäischen Werte verschrieben hat. Dafür erhielt sie bereits die Zertifizierung „Europaschule in NRW“ – „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Die Schule hat 325 Schülerinnen und Schüler, sie wird gerade vierzünftig. Es handelt sich um Kinder aus 35 Nationen mit sieben Glaubensrichtungen und 40 Sprachen. Der Fokus der Schule liegt auf der Entwicklung der Sprachkompetenz unter Einbeziehung der Muttersprache. Deutsch ist Bildungssprache, Fremdsprachenlernen geschieht auf

freiwilliger Basis in Türkisch, Russisch, Englisch von der ersten Klasse an.

Die Schule unterhält Kooperationen mit den Universitäten Dortmund und Münster und anderen Europa-Schulen, es bestehen Schulpartnerschaften mit Kiew und in Israel, eine Partnerschaft in Serbien

ist in Planung. Durch die Vielfältigkeit der Nationen und Sprachen ist der Europagedanke fest im Schulalltag verankert. Die Schule arbeitet engagiert im Netzwerk der acht Dortmunder Europaschulen mit.

Die Auszeichnung wurde von Christiane Pape, Mitglied

des Vorstandes von Mérite Européen Deutschland überreicht, die auch einen Beitrag von Ingeborg Smith, Mitglied des Verwaltungsrates der Fondation du Mérite Européen, Luxemburg, über Gründung und Zielsetzung der Stiftung verlas.

Die Schülerinnen und Schüler der Berswordt-Europa-Grundschule zeigten durch ihre fröhlichen Gesangs- und Spielauftritte ihre Freude und Begeisterung, diesen Ehrentag ihrer Schule mitzugestalten.



Diplomüberreichung (Bildquelle: Mérite Européen Freundes- und Förderkreis Deutschland e. V.)

Schulmotto:

Hilf' mir, Wege zu finden, es selbst zu tun.

Kontakt:

BEG, Davidisstr. 24, 44143 Dortmund, +49 (0)231 5025415, berswordt-grundschule@stadtdo.de

Europa-Wikipedia



In diesem Europa-Wikipedia sollen in wenigen Sätzen Begriffe erklärt und Interessantes dargestellt werden. Vorbild ist die freie gemeinnützige Internet-Enzyklopädie Wikipedia, die seit dem 15. Jänner 2001 besteht.

Grenzüberschreitende Nacheile zu Land

Grenzen sind Hindernisse die natürlichen Ursprungs sein können oder die willkürlich aufgrund von politischen Entscheidungen gezogen werden bzw. wurden. Bereits im Mittelalter war den Herrschern bekannt, dass diese Grenzen nicht nur dazu dienen können, ihre Herrschaftsgebiete abzugrenzen, sondern auch von Personen durch grenzüberschreitende Kriminalität genutzt werden können, um sich der regionalen Strafverfolgung zu entziehen. Denn die Herrschaft des einen endet dort, wo die Herrschaft des anderen begann.

Dass die Behauptung eines unbedingten Herrschaftsanspruches über ein bestimmtes Gebiet für die Bewohner und Herrscher der Staaten im Heilig Römischen Reich Deutscher Nation auch nachteilig sein konnte, wurde auch damals schon bemerkt. Der Kriminelle musste ja nur eine der vielen Grenzen überschreiten und war vor der Strafverfolgung geschützt. Daher wurde bereits – natürlich nach vielen Diskussionen – in den Reichsabschieden von 1555 und 1559 eine Lösung gefunden, welche die grenzüberschreitende Nacheile in bestimmten Fällen erlaubte.

Im Rahmen der Europäischen Union hat es etwas länger gebraucht, bis dieser Status aus dem Mittelalter wieder hergestellt werden konnte. Die nationalen Vorbehalte waren wieder einmal sehr dominant und sind es bis heute.

Artikel 18 des Schengener Übereinkommens von 1985 iVm Artikel 41 des Schengener Durchführungsübereinkommens von 1990 sowie der zwischenstaatliche Prümer Vertrag, erlauben nun wieder die Verfolgung von Verdächtigen auf dem Staatsgebiet eines anderen Vertragsstaates fortzusetzen, ohne dass zuvor die Zustimmung dieses Landes eingeholt werden muss.

Dadurch soll erreicht werden, dass auch nach Wegfall der Grenzkontrollen zwischen den

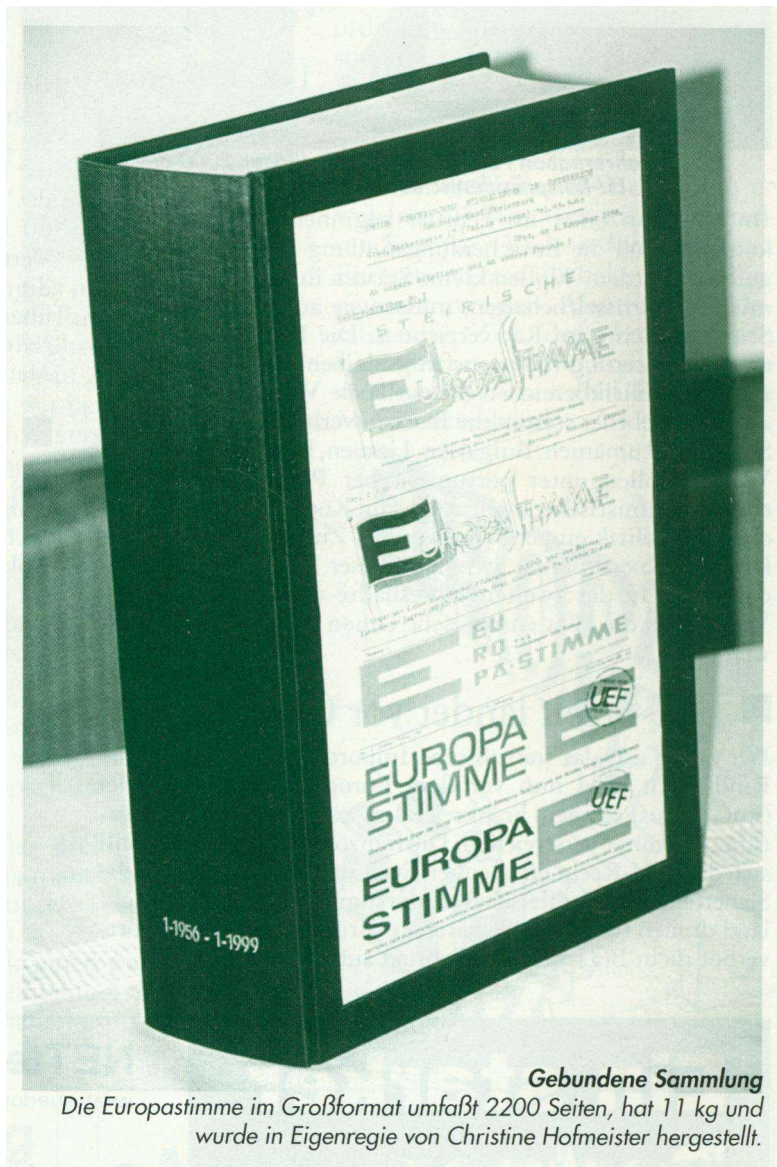
Vertragsstaaten eine wirksame Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität gewährleistet ist.

Die Voraussetzungen für die Nacheile sind eng auszulegen. Beamte, die sich im Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaates befinden, haben auch nur eingeschränkte Befugnisse:

- Der wichtigste Punkt ist, dass die Nacheile nur zulässig ist, wenn es sich um eine polizeiliche Maßnahme auf dem Gebiet der Strafverfolgung oder Strafvollstreckung handelt (also nicht wegen Verwaltungsstrafdelikten).
- Dann ist diese nur zulässig, wenn die örtliche Exekutiveinrichtung nicht zeitgerecht verständigt werden kann oder nicht rechtzeitig zur Stelle ist, um die Verfolgung selbst zu übernehmen.
- Beamte aus einem anderen Vertragsstaat dürfen die Person nur festhalten, nicht festnehmen.
- Privatgrundstücke dürfen bei der Nacheile nicht betreten werden.
- Nacheilende Beamte aus einem anderen Vertragsstaat müssen als solche gekennzeichnet sein (also z. B. eine Uniform tragen oder ihre Fahrzeuge als Polizeifahrzeuge erkennbar).
- Schusswaffengebrauch ist nur in Notwehrsituationen zulässig.

Durch den Prümer Vertrag sind aus datenschutzrechtlicher Sicht weitgehende Eingriffe durch Polizei- und Strafverfolgungsbehörden möglich, die auch negative Auswirkungen haben können.

Denn der Rechtsschutz für diese Eintragungen in Datenbanken, auf die andere Polizei- und Strafverfolgungsbehörden zugreifen können, ist aus rechtstaatlicher Sicht äußerst ungenügend, ebenso wie der Schutz der Bereiche Zugriff auf und Löschung von Daten.



Gebundene Sammlung
Die Europastimme im Großformat umfaßt 2200 Seiten, hat 11 kg und wurde in Eigenregie von Christine Hofmeister hergestellt.